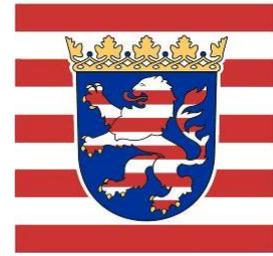




HESSEN



Bericht aus Brüssel

18/2022 vom 30.09.2022

Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union
21, Rue Montoyer, B- 1000 Brüssel
Tel.: 0032.2.739.59.00 Fax: 0032.2.732.48.13
E-mail: hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de

Inhaltsverzeichnis

Institutionelles.....	3
Außen- und Verteidigungspolitik.....	3
Ausschuss der Regionen.....	4
Wirtschaft.....	5
Verkehr.....	7
Energie.....	8
Digital.....	9
Finanzdienstleistungen.....	10
Finanzen.....	10
Soziales.....	11
Gesundheit und Verbraucherschutz	14
Umwelt.....	16
Landwirtschaft.....	17
Justiz.....	19
Inneres.....	20
Bildung und Kultur.....	22
EU-Förderprogramme.....	22
Veranstaltungen.....	23
Vorschau.....	27

Institutionelles

Rat; Konferenz zur Zukunft Europas

Der Rat für Allgemeine Angelegenheiten führte am 20.09.2022 einen Gedankenaustausch über die Folgemaßnahmen zur Konferenz zur Zukunft Europas. Es fand ein Austausch statt über die durch den Bezug zur Konferenz zur Zukunft Europas besonders gekennzeichneten Initiativen aus der Rede zur Lage der Union sowie aus der betreffenden Absichtserklärung der Kommission mit den für 2023 wichtigsten Initiativen. Im Mittelpunkt der Beratungen stand dann die mögliche Nutzung von Brückenklauseln in den Verträgen, um den Übergang von der Einstimmigkeit zur Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit im Rat zu regeln. Während der Aussprache über Folgemaßnahmen zur Konferenz vertraten die Ministerinnen und Minister die Auffassung, dass vorerst denjenigen Folgemaßnahmen zur Mehrheit der Vorschläge und Initiativen der Konferenz Vorrang eingeräumt werden sollte, die sich unter Nutzung aller Möglichkeiten, die die derzeitigen Verträge bieten, umsetzen lassen. Die Ministerinnen und Minister begrüßten die Absicht der Kommission, im Einklang mit der von den drei EU-Organen bei der Einleitung der Konferenz erteilten Zusage, Folgemaßnahmen auf den Weg zu bringen und eine Reihe von Gesetzgebungsinitiativen vorzuschlagen. Anschließend wurden die Ministerinnen und Minister über die Vorbereitungen für die Feedback-Veranstaltung für Bürgerinnen und Bürger, die für den 02.12.2022 geplant ist, unterrichtet.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/gac/2022/09/20/>

Außen- und Verteidigungspolitik

Kommission; Vorschlag für ein weiteres Sanktionspaket gegen Russland

Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und der Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, haben am 28.09.2022 den Vorschlag für ein neues Sanktionspaket gegen Russland vorgestellt. Dies beinhaltet vor allem neue Einträge in die Sanktionsliste und neue Handelsbeschränkungen. Die restriktiven Maßnahmen des neuen Sanktionspakets richten sich erstens gegen alle Personen, die den Einmarsch in die Ukraine unterstützen, erleichtern oder davon profitieren. Dazu zählen Personen, die die Scheinreferenden in den ukrainischen Gebieten Donezk, Luhansk, Kherson und Zaporizhshia organisiert und gefördert haben, hochrangige Beamte des russischen Verteidigungsministeriums sowie Personen, die den russischen Streitkräften Ausrüstung und Waffen bereitstellen oder sich an der jüngst verkündeten Mobilmachung beteiligen sowie Akteure, die Desinformation über den Krieg verbreiten. Zweitens sind die Vorschläge darauf ausgerichtet, die russische Wirtschaft stärker zu isolieren und zu treffen. Hier sind neue Einfuhrverbote für russische Erzeugnisse im Umfang von 7 Mrd. EUR geplant. Mit neuen Ausfuhrverbote könne man, so die Kommission, dem russischen Militär Schlüsseltechnologien entziehen. Beispiele sind zusätzliche Luftfahrtgüter, elektronische Komponenten und spezifische chemische Stoffe. Eine weitere Möglichkeit wäre laut Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen der Entzug von europäischem Fachwissen durch ein Verbot für EU-Bürger, Posten in Leitungsgremien russischer staatseigener Unternehmen anzunehmen. Das neue Paket soll ebenfalls eine Rechtsgrundlage für eine Ölpreis-Obergrenze enthalten. Diese soll dazu beitragen, die russischen Einnahmen zu senken und die globalen Märkte stabil zu halten. In früheren Sanktionspaketen wurde bereits beschlossen, dass das auf dem Seeweg transportierte Öl in der EU ab dem 05.12.2022 verboten ist. Im nächsten Schritt beraten und entscheiden die 27 Mitgliedstaaten nun über die Vorschläge.

Rat; Makrofinanzhilfe für die Ukraine

Der Rat hat am 09.09.2022 beschlossen, der Ukraine schnellstmöglich eine Makrofinanzhilfe in Höhe von 5 Mrd. EUR zu gewähren. Sie soll der Unterstützung der makrofinanziellen Stabilisierung der Ukraine, der Stärkung der unmittelbaren Widerstandsfähigkeit des Landes und der Aufrechterhaltung seiner Fähigkeit zur wirtschaftlichen Erholung dienen. Weiterhin soll damit zur Tragfähigkeit der öffentlichen Verschuldung der Ukraine und zu ihrer Fähigkeit beigetragen werden, letztlich ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen. Diese Finanzhilfe soll andere Unterstützungsmaßnahmen der EU für die Ukraine in den Bereichen humanitäre Hilfe, Entwicklung, Zoll und Verteidigung ergänzen. Die Makrofinanzhilfe in Höhe von 5 Mrd. EUR wird der Ukraine in Form von langfristigen Darlehen zu besonders günstigen Bedingungen gewährt. Dies stellt die zweite Phase der Durchführung der geplanten außerordentlichen Makrofinanzhilfe der EU für die Ukraine in Höhe von bis zu 9 Mrd. EUR dar, die von der Kommission in ihrer Mitteilung vom 18.05.2022 angekündigt und vom Europäischen Rat am 23./24.06.2022 gebilligt worden war.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/PE-49-2022-INIT/de/pdf>

Ausschuss der Regionen

AdR; ECON-Fachkommissionssitzung

Am 22./23.09.2022 fand eine Sitzung der AdR-Fachkommission ECON für Wirtschaftspolitik in Zwolle (NDL) statt. Dabei fanden Meinungs austausche zu folgenden Arbeitsdokumenten statt: „Überprüfungsbericht über die Durchführung der Aufbau- und Resilienzfazilität“, „Notfallinstrument für den Binnenmarkt“ sowie „Fortschritte bei der Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele“.

<https://mempportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2188480&meetingSessionId=2236073>

AdR; CIVEX-Fachkommissionssitzung

Am 28.09.2022 fand eine Sitzung der AdR-Fachkommission CIVEX für Unionsbürgerschaft, Regieren, institutionelle Fragen und Außenbeziehungen in Brüssel statt. Dabei fand eine Abstimmung über folgenden Stellungnahmeentwurf statt: „Legale Migration - Anwerbung qualifizierter Arbeitskräfte aus Drittländern“.

<https://mempportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2182230&meetingSessionId=2228058>

AdR; COTER-Fachkommissionssitzung

Am 29.09.2022 fand eine Sitzung der AdR-Fachkommission COTER für Kohäsionspolitik und Haushalt in Brüssel statt. Dabei wurde über folgenden Stellungnahmeentwurf abgestimmt: „Mehr Unterstützung für Gebiete mit natürlichen und demografischen Nachteilen im Rahmen der Kohäsionspolitik (Artikel 174 AEUV)“. Außerdem wurde eine Orientierungsdebatte über den Stellungnahmeentwurf „Gerechter und nachhaltiger Wandel im Kontext kohle- und energieintensiver Regionen“ geführt. Darüber hinaus fand ein Meinungs austausch zu folgendem Arbeitsdokument statt: „Die Menschen an die erste Stelle setzen, nachhaltiges und integratives Wachstum sichern und das Potenzial der Gebiete in äußerster Randlage der EU erschließen“.

Wirtschaft

Rat; Wettbewerbsfähigkeitsrat am 29.09.2022 in Brüssel

Am 29.09.2022 tagte der Rat für Wettbewerbsfähigkeit in Brüssel. Die Ministerinnen und Minister tauschten sich über das kürzlich vorgestellte Binnenmarkt-Notfallinstrument (SMEI) aus, das die Kommission am 19.09.2022 vorgelegt hatte. Sie erörterten auch den Vorschlag für eine Verordnung über die umweltgerechte Gestaltung nachhaltiger Produkte (Ecodesign for Sustainable Products Regulation, ESPR), den die Kommission im vergangenen Frühjahr vorgelegt hatte. Einige Mitgliedstaaten äußerten Bedenken hinsichtlich der umfangreichen Verwendung delegierter Rechtsakte in dem Vorschlag und der Herausforderungen, die sich den nationalen Marktüberwachungsbehörden bei der Durchsetzung der neuen Anforderungen stellen könnten. Mehrere Mitgliedstaaten wiesen darauf hin, dass zusätzlicher Verwaltungsaufwand für Unternehmen, insbesondere für KMU, vermieden werden müsse. DEU hat die Ministerinnen und Minister über eine Initiative zur Einrichtung einer „Europäischen Plattform für Transformationstechnologien“ informiert. Diese Plattform soll dazu beitragen, die technische Souveränität der EU für die Transformation zu stärken und die Entwicklung industrieller Wertschöpfungsketten in wichtigen Transformationstechnologien wie Windkraft, Solarenergie, Wärmepumpen und Stromnetzen unterstützen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/compet/2022/09/29/>

Kommission; Vorschlag eines Notfallinstrumentes für den Binnenmarkt

Die Kommission hat am 19.09.2022 ein Maßnahmenpaket mit zwei Verordnungs- und einem Richtlinienvorschlag für das neue Binnenmarktinstrument für Notfälle vorgelegt. Das Notfallinstrument soll einen Rahmen für das Krisenmanagement schaffen, um den freien Waren-, Dienstleistungs- und Personenverkehr sowie den Zugang zu wesentlichen Gütern und Dienstleistungen in der EU in Notfällen zu gewährleisten. In der COVID-19-Pandemie hätten sich strukturelle Schwächen aufgezeigt, die die Reaktionsfähigkeit der EU auf Notsituationen beeinträchtigten, so die Kommission. Insbesondere haben aus ihrer Sicht einseitig von den Mitgliedstaaten (MS) ergriffene Maßnahmen den Markt fragmentiert und so die Krise verschärft. Das Notfallinstrument sehe eine strukturelle Lösung vor, um den Binnenmarkt in Krisenzeiten zu sichern. Mit einem neuen Mechanismus soll der Binnenmarkt überwacht werden, um Risikoniveaus zu ermitteln darauf entsprechend zu reagieren. Im Mechanismus sind drei Phasen (Eventualfallmodus, Überwachungsmodus und Notfallmodus) vorgesehen. Im Eventualmodus sollen die MS ein Frühwarnsystem einrichten, um verstärkte Vorsorge zu treffen. Wenn eine Gefährdung des Binnenmarktes ausgemacht wird, soll ein Überwachungsmodus aktiviert werden, um u.a. Lieferketten für strategisch wichtige Waren und Dienstleistungen zu überwachen und strategische Reserven in diesen Bereichen aufzubauen. In einer Krise mit weitreichenden Auswirkungen auf den Binnenmarkt kann der Rat schließlich den Notfallmodus aktivieren, der Kommission und MS weitreichende Befugnisse einräumt, wie z.B. bei der Beschaffung von krisenrelevanten Waren.

https://single-market-economy.ec.europa.eu/document/d1d0b38a-cec8-479d-be70-1ffae7e227a5_en

https://single-market-economy.ec.europa.eu/document/c357af99-449a-4f2e-bc20-ca36e8dbb6a5_en

https://single-market-economy.ec.europa.eu/document/ed80dab1-a750-4ce6-a08b-dd88528e8dbe_en

Rat; Abschluss eines Rahmenabkommens mit Australien beschlossen

Am 20.09.2022 hat der Rat einen Beschluss über den Abschluss eines Rahmenabkommens mit Australien angenommen. Das Abkommen soll die Partnerschaft zwischen der EU und Australien verbessern. Es soll dabei helfen, Herausforderungen in der Außen- und Sicherheitspolitik, der nachhaltigen Entwicklung, dem Klimawandel sowie in Wirtschafts- und Handelsfragen zu bewältigen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2022/09/20/eu-australia-council-adopts-decision-for-the-conclusion-of-a-framework-agreement/>

Kommission; Konsultation zum Verordnungsvorschlag für ein Verbot von unter Zwangsarbeit hergestellten Produkten

Die Kommission hat am 19.09.2022 um Rückmeldungen zu ihrem Verordnungsvorschlag für ein Verbot von unter Zwangsarbeit hergestellten Produkten bis 25.11.2022 gebeten. Die Verordnung soll den Verkauf von unter Zwangsarbeit hergestellten Produkten verbieten. Der Vorschlag deckt alle Produkte ab, unabhängig davon, wo sie hergestellt und ob sie importiert werden (vgl. BaB 17/2022).

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13480-Wirksames-Verbot-von-Produkten-die-mit-Zwangsarbeit-hergestellt-abgebaut-oder-geerntet-wurden_de

Eurostat; Anstieg der Produktion im Baugewerbe im Euroraum

Eurostat veröffentlichte am 19.09.2022 Zahlen, wonach im Juli 2022 im Vergleich zum Juni 2022 die Produktion im Hochbau im Baugewerbe im Euroraum um 0,3% und in der EU um 0,2% gestiegen ist. Im Tiefbau dagegen sank sie um 0,6% im Euroraum und um 0,9% in der EU. In DEU gab es einen Anstieg um 1,4%. Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Produktion im Baugewerbe im Juli 2022 im Euroraum um 1,5% und in der EU um 1,3%. In DEU sank sie um 1,3%.

<https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/14698144/4-19092022-AP-DE.pdf/adf00c2a-fef7-b7cf-b0b2-ef1faeba0bdd>

Kommission; Innovationskraft der EU gewachsen

Am 22.09.2022 hat die Kommission den Europäischen Innovationsanzeiger veröffentlicht. Danach ist die Innovationskraft in der EU seit 2015 um etwa 10% gewachsen. Im Vergleich zu 2021 ist die Innovationskraft von 19 Mitgliedstaaten gestiegen. Auch wenn die Innovationskraft für DEU seit 2015 um 7,4% gestiegen ist, ist sie von 2021 und 2022 um 1,7% gefallen. Im internationalen Vergleich steht die EU weiterhin hinter Ländern wie Australien, Südkorea und den USA.

https://research-and-innovation.ec.europa.eu/document/9755520c-f6c1-436f-9442-93a2d471b97f_en

Kommission; Jahresbericht über die handelspolitischen Schutzmaßnahmen

Am 19.09.2022 hat die Kommission ihren Jahresbericht über die handelspolitischen Schutzmaßnahmen der EU im Jahr 2021 veröffentlicht. Danach wurden 2021 durch die Handelsschutzmaßnahmen der EU in den wichtigsten verarbeitenden Branchen der EU, wie Aluminium, Stahl, Keramik und grüne Technologien, 462.000 Arbeitsplätze geschützt. Die Handelsschutzmaßnahmen sollen EU-Hersteller gegen unfaire Handelspraktiken von Drittstaaten verteidigen. Insbesondere sollen die Schutzmaßnahmen gegen subventionierte Einfuhren schützen. Gleichzeitig werde durch den Schutz gegen unfaire Importe im Bereich der erneuerbaren Energien und

digitalen Wertschöpfungskette die modernen Fertigungen und die Entwicklung der Forschung gesichert, so die Kommission.

https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/ALL/?uri=comnat:COM_2022_0470_FIN

Kommission; Bericht zum 20-jährigen Bestehen von SOLVIT veröffentlicht

Die Kommission hat am 27.09.2022 einen Bericht zum 20-jährigen Bestehen von SOLVIT veröffentlicht. SOLVIT ist ein kostenloser Dienst der EU, der Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen hilft, die Probleme mit der Anwendung der Binnenmarktvorschriften haben. Am häufigsten befasst sich SOLVIT mit der Anerkennung von Berufsqualifikationen, den Visum- und Aufenthaltsrechten oder der Unterstützung bei der Erlangung von Führerscheinen, Rentenansprüchen und dem grenzüberschreitenden Zugang zur Gesundheitsversorgung. SOLVIT unterstützt Unternehmen dabei, die Vorteile des Binnenmarktes zu nutzen, z.B. bei Fragen zur Entsendung von Arbeitnehmenden, zum Straßentransport, zur Mehrwertsteuererstattung oder bei der Erbringung von Dienstleistungen oder der Vermarktung von Waren. Es wurde 2002 als Netz nationaler Stellen in allen Mitgliedstaaten und dem Europäischen Wirtschaftsraum gegründet. Der Bericht schließt mit dem Fazit, dass SOLVIT durch die Zusammenarbeit der nationalen Stellen mit der EU zur Weiterentwicklung des Binnenmarkts beitrage.

<https://ec.europa.eu/docsroom/documents/51374/attachments/1/translations/en/renditions/native>

Kommission; Bericht über Umsetzung der Transparenzrichtlinie für den Binnenmarkt veröffentlicht

Die Kommission hat am 26.09.2022 einen Bericht über die Umsetzung der Transparenzrichtlinie für den Binnenmarkt veröffentlicht. Aus diesem geht hervor, dass die Mitgliedstaaten bei der Annahme nationaler technischer Vorschriften für Produkte und Dienste der Informationsgesellschaft transparenter vorgehen. Zudem hätten sie auch die Zusammenarbeit untereinander und mit der Kommission verstärkt. Dadurch könnte das reibungslose Funktionieren des Binnenmarktes gewährleistet werden. In der COVID-19-Pandemie habe das Verfahren der Transparenzrichtlinie dafür gesorgt, dass das vorrangige Ziel des Lebens- und Gesundheitsschutzes durch nationale Maßnahmen im Einklang mit den Binnenmarktvorschriften verfolgt werden konnte.

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=COM%3A2022%3A481%3AFIN&qid=1663952695947>

V e r k e h r

Kommission; Europäischer Luftfahrt-Umweltbericht 2022 veröffentlicht

Am 21.09.2022 veröffentlichte die Europäische Agentur für Flugsicherheit (easa) den Europäischen Umweltbericht. Er gibt einen Überblick über die Umweltleistung des Luftfahrtsektors und die seit der Ausgabe 2019 erzielten Fortschritte. Er enthält Empfehlungen, um die Auswirkungen des Luftverkehrs auf Klimawandel, Lärm und Luftqualität zu verringern. Auch wenn der Sektor Schritte unternommen habe, um seine Auswirkungen auf die Umwelt und das Klima zu verringern, erfordere das prognostizierte Nachfragewachstum weitere entscheidende Maßnahmen, so der Bericht. Bis 2050 könnten die CO₂-Emissionen von Flugzeugen auf 188 Mio. Tonnen ansteigen, wenn die Umweltschutzmaßnahmen in diesem Sektor nicht weiter priorisiert werden. Deshalb enthält der Bericht Empfehlungen wie z.B. Anreize, Flugrouten mit geringeren Umweltauswirkungen zu fliegen, oder die Einführung nachhaltiger Flugkraftstoffe.

<https://www.easa.europa.eu/eco/eaer>

Kommission; Mitglieder der Allianz für emissionsfreie Luftfahrt veröffentlicht

Am 26.09.2022 veröffentlichte die Kommission die Liste der ersten Mitglieder der Allianz für einen emissionsfreien Luftverkehr (AZE), der Unternehmen aller Größenordnungen aus dem gesamten Ökosystem der Luftfahrtindustrie angehören. Auch die Europäische Agentur für Flugsicherheit (EASA) und Eurocontrol, die europäische Organisation für das Flugverkehrsmanagement, haben sich der Allianz angeschlossen. In der gemeinsamen Erklärung unterstreicht die Allianz das Ziel, sich auf einen emissionsfreien Luftverkehr vorzubereiten. Die Allianz steht weiterhin allen interessierten Akteuren offen, die Mitglied werden möchten.

https://defence-industry-space.ec.europa.eu/eu-aeronautics-industry/alliance-zero-emission-aviation_en

Kommission; Aufhebung der Richtlinie zum Betrieb von lauten Flugzeugen

Die Kommission hat bis 14.11.2022 den Vorschlag für einen Beschluss über die Aufhebung der Richtlinie 89/629/EWG des Rates zum Betrieb von lauten Flugzeugen zur Konsultation gestellt. Mit der Richtlinie 2006/93/EG zur Regelung des Betriebs von Flugzeugen wurde die vollständige Einstellung des Betriebs lauter Flugzeuge eingeleitet. Davon erfasst sind auch solche Flugzeuge, die unter die Richtlinie 89/629/EWG des Rates zum Betrieb von lauten Flugzeugen fielen, unabhängig davon, ob sie bereits eingetragen waren oder nicht. Flugzeuge, die die einschlägigen Lärmschutznormen von 2006 nicht erfüllen, dürfen daher im Luftraum der EU nicht mehr betrieben werden und mussten aus den nationalen Luftfahrzeugrollen der Mitgliedstaaten gestrichen werden. Die Richtlinie aus dem Jahr 1989 zum Betrieb von lauten Flugzeugen des Rates ist damit hinfällig und soll aufgehoben werden.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13577-Civil-aviation-adapting-EU-law-to-new-aircraft-noise-rules_de

E n e r g i e

Kommission; Genehmigung staatlicher Beihilfen zur Förderung des erneuerbaren Stroms

Am 27.09.2022 hat die Kommission drei zusätzliche Maßnahmen zur Förderung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen in DEU nach den EU-Beihilfenvorschriften genehmigt. Die Maßnahmen ergänzen das Erneuerbare-Energien-Gesetz und zielen auf die Verbesserung des Klimaschutzes und den Ausbau der erneuerbaren Energien ab. Sie sehen u.a. (1) eine stärkere Marktorientierung bei der Ökostromförderung, (2) finanzielle Anreize für Verbraucher, den eigenen Solarstrom ins Netz einzuspeisen und (3) eine weitere Ausschreibungsrunde für Freiflächen- und Dachflächen-Fotovoltaik Anlagen im Jahr 2022 vor. Nach Einschätzung der Kommission sind die Beihilfen erforderlich und geeignet, um erneuerbare Energiequellen zu fördern und den Treibhausgasausstoß zu verringern.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_22_5811

Rat; Sondersitzung des Energierats am 30.09.2022 in Brüssel

In seiner informellen Sondersitzung am 30.09.2022 einigten sich die Minister darauf, dass die Mitgliedstaaten (MS) in den jeweiligen Tagesspitzenzeiten 5% Strom einzusparen haben, insgesamt soll der monatliche Stromverbrauch um 10% sinken. Außerdem waren sie sich einig, dass die Erlösobergrenze von erneuerbaren Energien, Atomkraft und Kohle bei der Stromerzeugung bei 180 EUR/MWh liegen soll, darüber

sollen mindestens 90% abgeschöpft werden. Diese Einnahmen sollen ebenso wie die Sonderabgabe von 33% für Energieunternehmen zur Entlastung von Energiekunden genutzt werden. Außerdem sollen die MS mit den Einnahmen Energieeinsparungen und den Ausbau der erneuerbaren Energien fördern oder energieintensive Industrie bei der Energiewende unterstützen.

Digital

EuGH; Zusammenführung von Nutzerdaten aus verschiedenen Quellen

Generalanwalt Athanasios Rantos hat am 20.09.2022 in der Rechtssache C-252/21 seine Schlussanträge vorgelegt. Darin vertritt er die Rechtsauffassung, dass eine Wettbewerbsbehörde in Ausübung ihrer Zuständigkeiten die Vereinbarkeit einer Geschäftspraxis mit der Verordnung (EU) 2016/679 (Datenschutzgrundverordnung, DSGVO) inzident prüfen kann. Sie muss jedoch jede Entscheidung oder Untersuchung der nach dieser Verordnung zuständigen Aufsichtsbehörde berücksichtigen. Zur Frage der Einwilligung der Facebook-Nutzerinnen und Nutzer in die Datennutzung führt er aus, dass eine etwaige marktbeherrschende Stellung des sozialen Netzwerks eine Rolle bei der Beurteilung spielt, ob eine freiwillige Einwilligung des Nutzers vorliegt. Er stellt jedoch klar, dass – erstens – diese Marktmacht, um für die Anwendung der DSGVO relevant zu sein, nicht notwendigerweise die Schwelle einer beherrschenden Stellung im Sinne von Art. 102 AEUV zu erreichen braucht. Zweitens entzieht dieser Umstand allein einer Einwilligung nicht grundsätzlich jede Wirksamkeit. Dem Vorabentscheidungsverfahren des OLG Düsseldorf liegt eine Klage von Facebook gegen eine Entscheidung des Bundeskartellamts vom 06.02.2019 zugrunde. Das Bundeskartellamt hatte Facebook untersagt, Nutzerdaten aus verschiedenen Quellen zusammenzuführen. Seiner Ansicht nach stellt der Umfang, in dem Facebook Daten ohne Einwilligung der Nutzer sammelt, dem Nutzerkonto zuführt und verwertet, einen Missbrauch einer beherrschenden Stellung dar. Facebook hat diese Entscheidung vor dem OLG Düsseldorf angefochten.

<https://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?num=C-252/21>

EuGH; Grenzüberschreitende Satellitenübertragung mit Signalverschlüsselung

Generalanwalt Maciej Szpunar hat am 22.09.2022 in der Rechtssache C-290/21 seine Schlussanträge vorgelegt. Darin vertritt er die Rechtsauffassung, dass Art. 1 Abs. 2 Buchst. b der Richtlinie 93/83/EWG zur Koordinierung bestimmter urheber- und leistungsschutzrechtlicher Vorschriften betreffend Satellitenrundfunk und Kabelweiterverbreitung dahin auszulegen ist, dass ein Satellitenbouquet-Anbieter nicht verpflichtet ist, für eine Handlung der öffentlichen Wiedergabe über Satellit, an der er mitwirkt, die Zustimmung der Inhaber der Urheberrechte und verwandten Schutzrechte in dem Mitgliedstaat einzuholen, in dem die so wiedergegebenen Schutzgegenstände öffentlich zugänglich sind. Die Verwertungsgesellschaft AKM in AUT, die auch Rechte ausländischer Verwertungsgesellschaften wie der deutschen GEMA wahrnimmt, hat die Canal+ Luxembourg Sàrl, die in AUT Programme zahlreicher Rundfunkunternehmen zu unterschiedlichen Paketen (Satellitenbouquets) gebündelt über Satellit anbietet, auf Unterlassung, Auskunftserteilung und Schadensersatz verklagt. Sie wirft der Beklagten vor, für die in ihren Bouquet-Angeboten enthaltenen Pay- und Free-TV-Programme Signale zur Weitersendung in AUT zu nutzen, ohne eine Bewilligung eingeholt zu haben, und zwar weder bei ihr (AKM) noch im Sendestaat. Der Oberste Gerichtshof hat den EuGH um Auslegung der Richtlinie 93/83/EWG ersucht.

<https://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?num=C-290/21>

Finanzdienstleistungen

Kommission; Vertragsverletzungsverfahren wegen Nichtumsetzung von EU-Vorschriften zur Einbeziehung von Nachhaltigkeitsfaktoren und -zielen in Produktüberwachungsprozesse

Am 21.09.2022 verkündete die Kommission, dass sie im Rahmen von Vertragsverletzungsverfahren an BEL, DEU, HUN, ESP und SLO Aufforderungsschreiben versendet habe, da diese die Delegierte Richtlinie (EU) 2021/1269 der Kommission nicht umgesetzt hatten. Diese regelt, dass Wertpapierfirmen in ihren Produktüberwachungs- und Produktkontrollverfahren auch Nachhaltigkeitsfaktoren und nachhaltigkeitsbezogene Ziele berücksichtigen müssen. Mit diesen Vorschriften sollen Umwelt-, Sozial- und Governance- (Nachhaltigkeits-) Erwägungen ins Zentrum des Finanzsystems gerückt werden. Die betroffenen Mitgliedstaaten haben nun zwei Monate Zeit, um auf die Aufforderungsschreiben zu antworten und die Umsetzung der Richtlinie abzuschließen. Anderenfalls kann die Kommission beschließen, eine mit Gründen versehene Stellungnahme zu übermitteln.
https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/INF_22_5409

Kommission; Expertengruppe zum Ausbau eines nachhaltigen Finanzwesens in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen

Die Kommission hat am 27.09.2022 bekanntgegeben, dass an diesem Tag erstmals die hochrangige Expertengruppe für den Ausbau eines nachhaltigen Finanzwesens in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen in Brüssel zusammenkam, um sich zu den Herausforderungen und Chancen eines nachhaltigen Finanzwesens in Partnerländern und dem damit verbundenen Investitionsbedarf auszutauschen. Die Gruppe setzt sich zum einen aus 20 Vertretern von Unternehmen und Einrichtungen, zum anderen aus 20 Vertretern der europäischen Entwicklungsfinanzierungsinstitutionen, der multilateralen Entwicklungsbanken und der einschlägigen internationalen Organisationen, welche als Beobachter dienen, zusammen. Die Gruppe soll innerhalb der kommenden neun Monate ermitteln, wie die Kommission den Privatsektor anregen könnte, finanzielle Mittel für die notwendigen Investitionen zur Bewältigung der drängendsten globalen Herausforderungen und zur Gewährleistung einer nachhaltigen Entwicklung bereitzustellen.
https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_22_5724

Finanzen

Eurostat; Jährliche Inflationsrate im Euroraum auf 9,1% gestiegen

Am 16.09.2022 veröffentlichte das statistische Amt der Europäischen Union (Eurostat) die jährlichen Inflationsraten. Im August 2022 lag die jährliche Inflationsrate im Euroraum bei 9,1% gegenüber 8,9% im Juli. Ein Jahr zuvor hatte sie 3,0% betragen. Die jährliche Inflationsrate in der EU lag im August 2022 bei 10,1% gegenüber 9,8% im Juli. Ein Jahr zuvor hatte sie 3,2% betragen. Die niedrigsten jährlichen Raten wurden in FRA (6,6%), MTA (7,0%) und FIN (7,9%) gemessen, die höchsten in EST (25,2%), LET (21,4%) und LIT (21,1%). Im August kam der höchste Beitrag zur jährlichen Inflation im Euroraum von Energie (+3,95 Prozentpunkte), gefolgt von Lebensmitteln, Alkohol und Tabak (+2,25 Prozentpunkte), Dienstleistungen (+1,62 Prozentpunkte) sowie Industriegütern ohne Energie (+1,33 Prozentpunkte). Die Inflationsrate in DEU betrug im August 8,8%, die in BEL 10,5%.
<https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/14698150/2-16092022-AP-DE.pdf/943477eb-5d2e-f2e5-9b04-75af26b72f2c>

EuRH; Tony Murphy wird Präsident des Europäischen Rechnungshofs

Am 20.09.2022 haben die Mitglieder des europäischen Rechnungshofs (EuRH) den Iren Tony Murphy zum neuen Präsidenten des EuRH gewählt. Murphy wird u.a. für die Vertretung des EuRH in Außenbeziehungen, die Strategie des Organs, die Planung und das Leistungsmanagement, die Kommunikation und die Medienarbeit sowie auch Rechtsfragen und die Interne Revision zuständig sein. Sein offizieller Amtsantritt ist am 01.10.2022. Er löst dann den bisherigen Präsidenten Klaus-Heiner Lehne ab. Seine Amtszeit beträgt drei Jahre, mit der Möglichkeit der Wiederwahl.

<https://www.eca.europa.eu/de/Pages/NewsItem.aspx?nid=17033>

Kommission; Aufforderungsschreiben an DEU aufgrund von Vorschriften zur Berechnung von Leistungen für Grenzgängerinnen und Grenzgänger

Die Kommission hat am 29.09.2022 bekannt gegeben, dass sie im Rahmen eines Vertragsverletzungsverfahrens DEU dazu aufgefordert hat, seine Vorschriften zur Berechnung von Leistungen für Grenzgängerinnen und Grenzgänger mit dem Unionsrecht in Einklang zu bringen, um eine Diskriminierung zu vermeiden. Nach dem deutschen Recht werden mehrere Leistungen wie z.B. das Kurzarbeitergeld, das Arbeitslosengeld und das Krankengeld auf Nettoentgeltbasis berechnet. Dies bedeutet, dass der Betrag um eine fiktive deutsche Einkommensteuer reduziert wird, während die Leistung selbst in DEU steuerbefreit ist. In einigen bilateralen Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung zwischen DEU und seinen Nachbarn werden die Besteuerungsrechte für diese Leistungen jedoch ausschließlich den benachbarten Mitgliedstaaten (MS) zugewiesen, in denen die betroffenen Arbeitnehmerinnen oder Arbeitnehmer wohnen. In diesen Fällen werden wegen der Berechnung auf Nettoentgeltbasis Grenzgängerinnen und Grenzgänger, die in DEU arbeiten und in einem anderen MS wohnen, weniger günstig behandelt als in DEU ansässige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Im Gegensatz zu ihren in DEU ansässigen Kolleginnen und Kollegen müssen gebietsfremde Grenzgängerinnen und Grenzgänger in ihrem Heimatland Steuern auf die auf Nettoentgeltbasis berechneten Leistungen zahlen, ohne eine Anrechnungsmöglichkeit für die in DEU erfolgte fiktive Besteuerung zu haben. Eine solche Regelung verstößt, so die Kommission, gegen die ständige Rechtsprechung des EuGH zu Regeln für die Berechnung von Vergütungen, da sie sich diskriminierend auf Grenzgängerinnen und Grenzgänger auswirke. Sie ist der Auffassung, dass die deutsche Methode zur Berechnung verschiedener Vergütungen auf Nettoentgeltbasis Grenzgängerinnen und Grenzgänger benachteiligt. DEU muss nun binnen zwei Monaten auf die Beanstandungen reagieren. Andernfalls kann die Kommission beschließen, eine mit Gründen versehene Stellungnahme an DEU zu richten.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/INF_22_5402

Soziales

EU-OSHA; Schutz von Paketboten mit Hilfe der Online-Plattform OiRA

Am 21.09.2022 hat die Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz (EU-OSHA) ihre Plattform zur Interaktiven Onlinerisikoerfassung und den Nutzen für Mitarbeitende von Lieferanten, OiRA, vorgestellt. Paketbotinnen und -boten seien beim Fahren von Lieferfahrzeugen und dem Ausliefern von Paketen vielen Gefahren für ihr Wohlergehen und durch ergonomische Risiken für ihre Gesundheit ausgesetzt. Regelmäßig müssten sie über längere Zeit in statischen und unnatürlichen Positionen sitzen und seien Vibrationen und Lärm ausgesetzt, was zu

muskuloskelettalen und Herz-Kreislauf-Problemen führen kann sowie auch zu Müdigkeit und Diabetes. Außerdem sähen sie sich besonderen Herausforderungen gegenüber, wie schwierigen Kunden und hoher Arbeitsbelastung. OIRA bietet Klein- und Kleinstunternehmen dieses Sektors einen idealen Assistenten im Risikomanagement.

<https://osha.europa.eu/en/oshnews/protecting-delivery-workers-oir>

Kommission; keine Anzeige der Umsetzung der „Work-Life-Balance“-Richtlinie: Vertragsverletzungsverfahren gegen DEU

Die Kommission am 21.09.2022 bekannt gegeben, DEU mit einem Aufforderungsschreiben gerügt zu haben. Anlass ist die Umsetzung der Richtlinie (EU) 2019/1158 zur Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben, deren Umsetzungsfrist am 02.08.2022 abgelaufen ist. DEU hat der Kommission hierzu keine nationalen Maßnahmen vorgelegt.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/inf_22_5409

Kommission; Kommissionspräsidentin sagt Mittel für Frauen- und Jugendrechte zu

Am 24.09.2022 hat Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen auf dem Global Citizens Festival in New York das Engagement der EU bekräftigt, ihren verwundbarsten Partnern bei der Bewältigung der sozioökonomischen Folgen der russischen Invasion der Ukraine zu helfen und im Rahmen der Global Gateway-Strategie nachhaltige Investitionen zu tätigen. Die EU werde ihre Investitionen für den Schutz globaler Biodiversität verdoppeln auf insgesamt 7 Mrd. EUR. Zudem werde die EU über sechs Jahre hinweg weitere 45 Mio. EUR zur Unterstützung sexueller und reproduktiver Selbstbestimmung und Frauenrechte investieren. Ein Umleiten von 600 Mio. EUR aus dem 10. und 11. Europäischen Entwicklungsfonds wird zur Finanzierung humanitärer Soforthilfe und der Unterstützung von nachhaltiger Lebensmittelproduktion in Partnerländern in Afrika, der Karibik und dem Pazifikraum eingesetzt. Für diese Länder werden zusätzlich 52,5 Mio. EUR für nachhaltige Finanzierung und Investitionen in nachhaltige Landwirtschaft sowie 100 Mio. EUR für makroökonomische Unterstützung in Niedriglohnländern in diesen Regionen bereitgestellt.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/IP_22_5730

Kommission; Maßnahmenpaket für die Umsetzung des Aktionsplans zur Europäischen Säule sozialer Rechte

Die Kommission hat am 28.09.2022 ein Maßnahmenpaket für die Umsetzung des Aktionsplans zur Europäischen Säule sozialer Rechte vorgelegt. Damit zielt sie sowohl auf den Schutz vor Asbest sowie auf die Bekämpfung von Armut im Unionsgebiet ab. Die „Mitteilung über den Weg hin zu einer asbestfreien Zukunft“ umfasst ein Konzept zur Verbesserung des Umwelt- und Gesundheitsschutzes, insbesondere der Krebsprävention. Neben der Mitteilung hat die Kommission einen Vorschlag zur Überarbeitung der Richtlinie über Asbest am Arbeitsplatz vorgelegt, mit dem die entsprechenden EU-Grenzwerte um den Faktor 10 abgesenkt werden sollen. Teil des Pakets ist zudem ein Vorschlag der Kommission für eine Ratsempfehlung „für ein angemessenes Mindesteinkommen zur Gewährleistung einer aktiven Inklusion“. Mit der begleitenden „Mitteilung über eine bessere Abschätzung der Verteilungsfolgen von Reformen der Mitgliedstaaten“ soll eine Orientierungshilfe zur Bekämpfung gesellschaftlicher Ungleichheit mit nationalen Maßnahmen bereitgestellt werden.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_5706

(Mindesteinkommen)

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_5679 (Asbest)

Kommission; Vierter Bericht zu SURE veröffentlicht

Die Kommission hat am 26.09.2022 ihren vierten halbjährlichen Bericht zur Implementierung und der Wirkung von SURE (European instrument for temporary Support to mitigate Unemployment Risks in an Emergency) veröffentlicht. Der Bericht legt dar, dass das 100 Mrd. EUR SURE-Instrument zur Absicherung von Beschäftigung und Einkommen die Auswirkungen der Pandemie auf diese Faktoren erfolgreich abgedämpft hat, und bestätigt damit die Befunde der vorherigen drei Berichte seit März 2021. 93,3 Mrd. EUR wurden bis August 2022 an 19 Mitgliedstaaten zugeteilt, von denen knapp 92 Mrd. EUR bereits ausgezahlt worden sind. Dem Bericht zufolge haben die von SURE gestützten Arbeitsmarktmaßnahmen 1,5 Mio. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor der Arbeitslosigkeit bewahrt und damit zur schnellen Erholung der europäischen Wirtschaft im Jahr 2021 beigetragen. Die verbleibenden 6,2 Mrd. EUR des Instruments können noch bis Ende 2022 abgerufen werden.

https://economy-finance.ec.europa.eu/document/51f920eb-d163-43ae-b5da-d793290bb54d_en

EuGH; Verjährung eines Anspruchs auf bezahlten Jahresurlaub

Der EuGH hat am 22.09.2022 mit Urteil in der Rechtssache C-120/21 die Frage entschieden, ob das Unionsrecht Regelungen von Mitgliedstaaten entgegensteht, welche die Verjährung eines Anspruchs auf bezahlten Jahresurlaub ermöglichen, ohne dass der Arbeitgeber den Arbeitnehmer in die Lage versetzt hat, den Anspruch auszuüben. In dem deutschen Rechtsstreit geht es um die Frage, ob der unionsrechtlich verankerte Urlaubsanspruch der Anwendung der allgemeinen Regelungen über Verjährung entgegensteht, nach der die Verjährungsfrist des Anspruchs auf Jahresurlaub in dem selben Jahr in Gang gesetzt wird, in dem der Anspruch auch entstanden ist, ohne Rücksicht darauf zu nehmen, ob der Arbeitgeber den Arbeitnehmenden tatsächlich ermöglicht hat, den Urlaub auch anzutreten. Der EuGH urteilt, dass Unionsrecht einer nationalen Regelung entgegensteht, die dazu führt, dass ein Anspruch auf Jahresurlaub verjähren kann, ohne dass der Arbeitgeber den Arbeitnehmer tatsächlich in die Lage versetzt hat, den Anspruch wahrzunehmen. <https://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?num=C-120/21>

EuGH; Verfall von bezahlten Urlaubstagen bei Arbeitsunfähigkeit

Der EuGH hat am 22.09.2022 mit Urteilen in den Rechtssachen C-518/20 und C-727/20 die Frage entschieden, ob das Unionsrecht einer nationalen Regelung entgegensteht, der zufolge ein Anspruch auf bezahlten Jahresurlaub nach Ablauf eines gesetzlich festgelegten Zeitraums erlöschen kann. Der EuGH urteilt zu dem Fall aus DEU, dass der Anspruch eines Arbeitnehmers auf bezahlten Jahresurlaub gemäß deutschem Recht nach 15 Monaten verjähren dürfe. Allerdings dürfe die Frist nicht beginnen, bevor Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber auf die bestehenden Ansprüche auf Resturlaub und ihren drohenden Verfall hingewiesen hätten.

<https://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?num=C-518/20>

<https://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?num=C-727/20>

Kommission; Leitlinien für Tarifverhandlungen für Selbstständige vorgelegt

Am 29.09.2022 hat die Kommission Leitlinien für Tarifverhandlungen von Selbständigen vorgelegt. Darin identifiziert sie drei Kategorien von Selbständigen: Erstens ökonomisch abhängige Selbständige, die ihre Dienstleistungen exklusiv gegenüber einem Auftraggeber erbringen. Zweitens Selbständige, die an der Seite mit Angestellten eines Unternehmens tätig sind und drittens Selbständige, die ihre Leistungen über Online-Plattformen erbringen. Die Leitlinien stehen im Kontext zum

Kommissionsvorschlag zur Plattformökonomie, der die Arbeitsbedingungen der dort tätigen Personen stärken soll.

https://competition-policy.ec.europa.eu/system/files/2022-09/2022_EC_communication_collective_agreements_en.pdf

Kommission; Vertragsverletzungsverfahren gegen BEL wegen Nichtumsetzung bei Berufsreglementierungen

Am 29.09.2022 hat die Kommission beschlossen, BEL vor dem EuGH zu verklagen und finanzielle Sanktionen vorzuschlagen. Grundlage ist die nicht fristgerechte Umsetzung der Richtlinie 2018/958/EU über eine Verhältnismäßigkeitsprüfung vor Erlass neuer Berufsreglementierungen. Die Richtlinie dient dem Zweck, Angehörigen regulierter Berufe den Zugang zu diesen Tätigkeiten zu verschaffen und die Ausübung EU-weit zu erleichtern. Die Durchsetzung der Richtlinie sei wichtig, um sicherzustellen, dass nationale Berufsreglementierungen gerechtfertigt und verhältnismäßig sind, so die Kommission. Berufsangehörigen aus der gesamten EU werde Zugang zu diesen Berufen auch in anderen Mitgliedstaaten erleichtert und so der Binnenmarkt gestärkt.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_22_5412

Gesundheit und Verbraucherschutz

Rat; Informelles Treffen der Verbraucherschutzministerinnen und -inister

Am 23.09.2022 trafen sich die für Verbraucherschutz zuständigen Ministerinnen und Minister informell in Prag (CZR). Sie erörterten die Stärkung der Durchsetzbarkeit des Verbraucherrechts und die aktuellen Herausforderungen, mit denen die europäischen Verbraucherinnen und Verbraucher konfrontiert sind. Auch der Schutz der Geflüchteten aus der Ukraine als schutzbedürftige Verbraucherinnen und Verbraucher war Teil der Diskussion. Eine wirksame Verbraucherschutzpolitik trage wesentlich zum reibungslosen Funktionieren des Binnenmarkts bei, so die Mitteilung des CZE-Vorsitzes nach dem informellen Rat. Ein Schlüsselaspekt sei die Marktüberwachung und die Durchsetzbarkeit der Verbraucherrechte bei der Ausübung dieser Rechte, einschließlich der grenzüberschreitenden Durchsetzung.

<https://czech-presidency.consilium.europa.eu/en/news/informal-meeting-of-consumer-protection-ministers/?et-rans=de>

Kommission; Konsultation zur Zusammenarbeit im Verbraucherschutz

Am 28.09.2022 eröffnete die Kommission eine öffentliche Konsultation zur Änderungen der Verordnung (EU) 2017/2394 über die Zusammenarbeit im Verbraucherschutz. Die Digitalisierung der Verbrauchermärkte und neue Geschäftsmodelle stellen die Durchsetzung des EU-Verbraucherrechts vor neue Herausforderungen. Die Verbraucherschutzbehörden und die Kommission müssten eng zusammenarbeiten, um gegen vorschriftswidrige Geschäftspraktiken grenzüberschreitend und wirksam vorzugehen. Ein flexibles, abschreckendes, kosteneffizientes und rasches Vorgehen sei insbesondere dann von entscheidender Bedeutung, wenn die Verstöße weitverbreitet seien oder ganze Wirtschaftszweige betreffen. Mit dieser Initiative sollen gezielte Änderungen an der Verordnung über die Zusammenarbeit im Verbraucherschutz vorgeschlagen werden, um diese Probleme in Angriff zu nehmen. Die Konsultation endet am 21.12.2022.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13535-Verbraucherschutz-verstärkte-Zusammenarbeit-bei-der-Durchsetzung_de

Kommission; Konsultation zur außergerichtlichen Streitbeilegung

Am 28.09.2022 eröffnete die Kommission eine öffentliche Konsultation zur außergerichtlichen Streitbeilegung an digitalen Märkten. Die alternative Streitbeilegung (ADR) soll Rechtsschutz für Verbraucherinnen und Verbraucher gewährleisten, ohne dass sie dafür vor Gericht ziehen müssen. Digitale Märkte erfordern schnelle und einfache Rechtsschutzmechanismen. Dafür sei es notwendig, die Rechtsvorschriften zur alternativen Streitbeilegung zu aktualisieren. Verbraucherinnen und Verbraucher sowie Unternehmen nutzten zunehmend private Systeme, die die ADR-Richtlinie nicht erfüllen, wodurch den Verbraucherinnen und Verbrauchern ein fairer Rechtsschutz verwehrt wird. Mit dieser Initiative soll der ADR-Rahmen im Hinblick auf Online-Vermittler, vorvertragliche Informationen und Unternehmer aus Drittländern modernisiert werden. Rückmeldungen sind bis zum 21.12.2022 möglich.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13536-Verbraucherrechte-Anpassung-der-au%C3%9Fgerichtlichen-Streitbeilegung-an-digitale-Markte_de

EuGH; Fluggastrechte – Ausgleichszahlung bei Verspätung

Mit Urteil vom 29.09.2022 in der Rechtssache C-597/20 entschied der EuGH, dass die für die Durchsetzung der Fluggastrechte-Verordnung zuständige nationale Stelle ein Luftfahrtunternehmen auf individuelle Beschwerden hin dazu verpflichten kann, den Fluggästen Ausgleichszahlungen zu leisten. Dies gelte unter der Voraussetzung, dass der betreffende Mitgliedstaat sie dazu ermächtigt hat. Fluggäste hatten sich zuvor an die für die Durchsetzung der Fluggastrechte-Verordnung zuständige ungarische Stelle gewandt, damit diese gegenüber LOT, dem betreffenden Luftfahrtunternehmen, anordne, die in der Verordnung vorgesehenen Ausgleichsleistungen nach erheblicher Verspätung zu zahlen. Diese Behörde stellte einen Verstoß gegen die Verordnung fest und ordnete Ausgleichszahlungen an. LOT vertrat die Ansicht, dass die fragliche Behörde nicht dazu befugt sei, die Zahlung einer solchen Entschädigung anzuordnen. <https://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?num=C-597/20>

EMA; Bioähnliche Arzneimittel austauschbar

Am 19.09.2022 hat die Europäische Arzneimittelbehörde, EMA, zusammen mit den Direktorinnen und Direktoren der nationalen Arzneimittelbehörden eine gemeinsame Stellungnahme zu bioähnlichen Arzneimitteln veröffentlicht. Darin wird bestätigt, dass bioähnliche Arzneimittel, d.h. biologische Arzneimittel, die einem in der EU zugelassenen biologischen Arzneimittel (dem Referenzarzneimittel) in ihrer Zusammensetzung sehr ähnlich sind, in Hinsicht auf das Referenzarzneimittel austauschbar ist, wenn das bioähnliche Arzneimittel in der EU zugelassen ist. Austauschbarkeit bedeutet, dass das bioähnliche Arzneimittel anstatt des Referenzarzneimittels bei Patientinnen und Patienten eingesetzt werden kann, ohne dass sich der klinische Effekt verändert. Mit der gemeinsamen Stellungnahme ist der Ansatz zur Benutzung von bioähnlichen Arzneimitteln harmonisiert worden. Dies bedeute sowohl mehr Klarheit für Fachkräfte im Gesundheitswesen als auch verbesserten Zugang von biologischen Arzneimitteln für Patientinnen und Patienten in der EU, so die Erklärung der EMA. Seit 2006 hat die EMA 86 bioähnliche Arzneimittel zugelassen, welche im Vergleich zu den jeweiligen Referenzarzneimitteln ähnliche Wirksamkeit, Sicherheit und Immunogenität bewiesen haben. Auch die Beobachtung von mehr als einer Mio. Patientinnen und Patienten hat keine Sicherheitsbedenken hervorgerufen. Noch nicht harmonisiert ist der Austausch und die Ausgabe von bioähnlichen Arzneimitteln in Apotheken ohne Rücksprache mit dem verschreibenden Arzt, deren Handhabung weiterhin bei den Mitgliedstaaten liegt.

<https://www.ema.europa.eu/en/news/biosimilar-medicines-can-be-interchanged>

Kommission; EU erhöht Beitrag zum Globalen Fonds

Am 21.09.2022 hat die Kommission bekannt gegeben, dass die EU ihren Beitrag zum Globalen Fonds durch das Team Europa für den Zeitraum 2023-2025 um 30% oder 715 Mio. EUR auf insgesamt 4,3 Mrd. EUR erhöhen wird. Der Globale Fonds ist eine internationale Partnerschaft zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria, die in den letzten 20 Jahren bereits 50 Mio. Menschenleben gerettet hat. Ziel des Globalen Fonds ist es, im Zeitraum 2023-2025 18 Mrd. USD aufzubringen, um 20 Mio. Menschenleben zu retten, 450 Mio. Infektionen abzuwenden und die Rate der durch HIV, Tuberkulose und Malaria verursachten Todesfälle um 64% zu senken. Der Beitrag von Team Europa kommt zu den 150 Mio. Euro hinzu, die es in diesem Jahr für die Unterstützung der Länder bei der Beschaffung von persönlicher Schutzausrüstung, Diagnostiktests und Therapeutika aus dem EU-Haushalt für den COVID-19-Krisenreaktionsmechanismus des Globalen Fonds (C19RM) bereitgestellt hat. Die Kommissarin für Internationale Partnerschaften, Jutta Urpilainen, kündigte an, dass Engagement der EU für eine bessere Gesundheit für alle im Herbst im Rahmen der Initiative „Global Gateway“ erneut unter Beweis zu stellen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_22_5650

EP; Verbesserung der Zugänglichkeit und der Verfügbarkeit von antimikrobiellen medizinischen Produkten

Am 26.09.2022 hat der Umweltausschuss des EP einen Workshop zur Zugänglichkeit und Verfügbarkeit von antimikrobiellen medizinischen Produkten durchgeführt. Gegenstand waren die Rolle von forschenden KMU, Patientinnen und Patienten sowie die Bedeutung von antimikrobiellen Arzneimitteln.

<https://www.europarl.europa.eu/committees/de/-/improving-the-accessibility-and-availab/product-details/20220921CAN66983>

Kommission; Affenpocken - Kommission erwirbt Medikament

Am 26.09.2022 hat die Kommission 10.000 Behandlungseinheiten Tecovirimat, ein Medikament gegen Affenpocken, vom Pharmaunternehmen Meridian/SIGA erworben. Die Notbeschaffung wird von der EU-Behörde für Einsatzbereitschaft und Bekämpfung in Gesundheitsnotfällen (HERA) durch den europäischen Zivilschutz rescEU finanziert und bildet zusammen mit der Beschaffung von 330.000 Impfdosen gegen Affenpocken die EU-Maßnahmen zur Bekämpfung der Krankheit. Tecovirimat werde je nach Dringlichkeit kurzfristig an die Mitgliedstaaten geliefert, so die Kommission.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/IP_22_5482

U m w e l t

Kommission; Konsultation zur Liste der Abwrackeinrichtungen für Schiffe

Die Kommission stellt noch bis 17.10.2022 den Entwurf eines Durchführungsbeschlusses über eine Europäische Liste der Abwrackeinrichtungen zur Konsultation. Eigner von Schiffen, die die Flagge eines EU-Landes führen, sind gesetzlich dazu verpflichtet, diese Schiffe am Ende ihrer Betriebsdauer in zugelassenen Werften abwracken zu lassen, die den Gesundheits- und Umweltnormen der EU entsprechen. Mit dieser Initiative wird die Liste der zugelassenen Abwrackeinrichtungen aktualisiert.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13475-Recycling-von-Schiffen-Europai-sche-Liste-der-Abwrackeinrichtungen-10-Aktualisierung- de>

Kommission; Konsultation zu neuen Gefahrenklassen für Chemikalien

Die Kommission stellt bis zum 18.10.2022 den Entwurf einer delegierten Verordnung zur Einführung neuer Gefahrenklassen im Rahmen der CLP-Verordnung (Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von Stoffen und Gemischen) zur Konsultation. Neue Gefahrenklassen und deren Kriterien in die CLP-Verordnung aufzunehmen sei notwendig zur Anpassung an den technischen und wissenschaftlichen Fortschritt zum Schutz von Verbraucherinnen und Verbrauchern, gefährdeten Gruppen, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und der Umwelt, so die Kommission. Das betrifft u.a. hormonaktive Substanzen und Substanzen mit persistenten, bioakkumulierbaren und toxischen Eigenschaften

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13578-Introducing-new-hazard-classes-CLP-revision_de

Kommission; Konsultation zu Effizienz Kennzeichnung von Photovoltaik

Die Kommission hat am 23.09.2022 eine öffentliche Konsultation eingeleitet, um zu prüfen, ob Rechtsvorschriften erforderlich sind, um die Effizienz Kennzeichnung von Photovoltaikprodukten zu regeln. Sie will damit sicherstellen, dass die Angaben über den Energieertrag, die Leistung, die langfristige Degradation und den Kohlenstoff-Fußabdruck der Module auf dem Markt vergleichbar sind. Dies würde sowohl privaten als auch öffentlichen Käufern bei der Wahl des Produkts helfen. Angesichts der erwarteten Rolle von Photovoltaikprodukten bei der Dekarbonisierung des Energiesystems der EU sei es von entscheidender Bedeutung, dass neu installierte Produkte in der EU umweltfreundlich sind. Rückmeldungen sind bis zum 16.12.2022 möglich.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12820-Energieverbrauchskennzeichnung-Europäische-Kommission-pruft-Notwendigkeit-neuer-Vorschriften-über-die-Umweltauswirkungen-von-Photovoltaik_de

Kommission; Konsultation zu Umweltauswirkungen von Photovoltaik

Die Kommission hat am 23.09.2022 eine öffentliche Konsultation initiiert, um zu prüfen, ob Rechtsvorschriften erforderlich sind, um die Umweltauswirkungen von Photovoltaikprodukten zu regeln. Die Herstellung und der Versand von Photovoltaikmodulen seien für einen erheblichen Teil der Emissionen dieser Produkte verantwortlich. Module und Wechselrichter werden zudem oft so hergestellt und konstruiert, dass es oft schwierig ist, sie zu reparieren und zu recyceln. Rückmeldungen sind bis zum 16.12.2022 möglich.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12819-Okodesign-Europäische-Kommission-pruft-Notwendigkeit-neuer-Vorschriften-über-die-Umweltauswirkungen-von-Photovoltaik_de

L a n d w i r t s c h a f t

Rat; Informelles Treffen der Landwirtschaftsministerinnen und -minister

Beim informellen Treffen der Landwirtschaftsministerinnen und -minister am 16.10.2022 in Prag (CZR) standen die Ernährungssicherheit und die Rolle der europäischen Landwirtschaft in einer nachhaltigen globalen Nahrungsmittelproduktion im Mittelpunkt. Die Ministerinnen und Minister waren sich einig, dass die EU koordiniert handeln müsse, um eine möglichst nachhaltige Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion zu erreichen. Sie diskutierten v.a. darüber, wie eine ausreichende Nahrungsmittelproduktion und -verteilung an die am stärksten gefährdeten Länder bei

gleichzeitiger Gewährleistung der Nachhaltigkeit sichergestellt werden kann. Eine der wichtigsten Lösungen sei die Nutzung von Innovation, Forschung und modernen Technologien, einschließlich der Präzisionslandwirtschaft, um den Verbrauch von Pestiziden und Düngemitteln weiter zu senken und gleichzeitig die notwendige Produktivität zu erhalten, so ihr Ergebnis.

<https://czech-presidency.consilium.europa.eu/en/news/agriculture-ministers-in-prague-eu-must-strengthen-food-security-improve-sustainability-of-agriculture-and-promote-the-use-of-modern-techniques-in-agriculture/?et-rans=de>

EuG; Zurückweisung einer Klage gegen GAP-Finanzkorrektur

Das Gericht der EU wies am 21.09.2022 mit einem Urteil in der Rechtssache T-475/21 die Klage von FRA gegen eine Finanzkorrektur im Rahmen der GAP zurück. FRA hatte beanstandet, dass die Kommission Fördermittel aus dem Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) und dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) für die Haushaltsjahre 2018 und 2019 um gut 45 Mio. EUR gekürzt habe. Die Kommission habe zu Unrecht festgestellt, dass der Anbau von vorwiegend Futterleguminosen (Futterhülsenfrüchten) in Kombination mit Gras nicht für eine fakultative gekoppelte Stützung nach der Verordnung über Direktzahlungen an Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe in Betracht komme. Gegen dieses Urteil kann ein Rechtsmittel zum EuGH eingelegt werden.

<https://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?num=T-475/21>

Rat; Treffen der Landwirtschaftsministerinnen und -minister

Die EU-Agrarministerinnen und Agrarminister haben auf ihrer Ratstagung am 26.09.2022 die landwirtschaftliche Produktion und Logistik im Zusammenhang mit der russischen Invasion in der Ukraine, landwirtschaftliche Aspekte von Industrieemissionen und Fischereimöglichkeiten für 2023 und erörtert. Die Sitzung fand in Anwesenheit des ukrainischen Landwirtschaftsministers Mykola Solskyi statt. Er sprach in seiner Rede über die Verbesserung der Logistik beim Export ukrainischer Agrarprodukte auf dem Landweg. Angesichts der unsicheren Lage auf den Seewegen sei es wichtig, über ausreichende Kapazitäten zu verfügen, insbesondere auf den Schienenkorridoren. Die Ministerinnen und Minister eröffneten auch eine Debatte über die Fangmöglichkeiten der EU und GBR, Norwegens und der Küstenstaaten im nächsten Jahr. Während eines Arbeitssessens diskutierten sie zudem über die Lebensmittelkennzeichnung und die von der Kommission vorbereitete Verordnung über die Bereitstellung von Lebensmittelinformationen für Verbraucherinnen und Verbraucher. Auch die Überarbeitung der Richtlinie über Industrieemissionen stand auf der Tagesordnung. Der Vorschlag sieht vor, dass die neue Richtlinie insbesondere für intensive Schweine- und Geflügelhaltungsbetriebe gilt, aber auch für Rinder, die bisher nicht erfasst sind. Mehrere Mitgliedstaaten äußerten die Sorge, dass die Ausweitung der Richtlinie sich v.a. auf kleine und mittlere Unternehmen negativ auswirken könne und wiesen auf die weiteren Herausforderungen für die Branche hin.

<https://czech-presidency.consilium.europa.eu/en/news/agrifish-eu-will-continue-to-assist-in-transporting-agricultural-commodities-from-ukraine/>

Kommission; Konsultation zu Düngemitteln tierischen Ursprungs

Am 26.09.2022 eröffnete die Kommission eine öffentliche Konsultation zur Liste der ohne weitere amtliche Kontrollen in Düngemitteln zu verwendenden tierischen Nebenprodukte. Es bestehen EU-Vorschriften für alle Arten von Düngemitteln (mineralische, organische usw.). Dadurch werde sichergestellt, dass in der gesamten EU nur solche Düngemittel frei verkauft werden können, die hohe Qualitäts- und Sicherheitsstandards erfüllen. Diese Initiative soll die bestehenden Vorschriften um Bedingungen ergänzen, die das Inverkehrbringen bestimmter Düngemittel, die

tierische Nebenprodukte enthalten, ermöglichen, ohne dass weitere Kontrollen erforderlich sind. Rückmeldungen sind bis zum 24.10.2022 möglich.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13478-Dungemittel-Liste-der-ohne-weitere-amtliche-Kontrollen-zu-verwendenden-tierischen-Nebenprodukte-Aktualisierung-de>

Justiz

EuG; Agrofert-Klage auf Zugang zu Dokumenten gescheitert

In der Rechtssache T-174/2 ist die tschechische Agrofert Holding mit einer Nichtigkeitsklage gegen die Weigerung des EP, Zugang zu zwei Dokumenten zu gewähren, beim Gericht der Europäischen Union (EuG) gescheitert. Das EuG wies die Klage mit Urteil vom 28.09.2022 zurück. Es ging um Dokumente im Zusammenhang mit Ermittlungen gegen den ehemaligen CZR-Ministerpräsidenten Andrej Babis wegen missbräuchlicher Verwendung von EU-Mitteln und potentieller Interessenkonflikte. Soweit es um den Prüfbericht der Kommission gehe, sei für die Klage das Rechtsschutzinteresse entfallen, da der Prüfbericht im April 2021 veröffentlicht worden sei. Dass die Kommission nicht die vollständige Fassung des Prüfberichts veröffentlicht habe, ändere am Wegfall des Rechtsschutzinteresses nichts. Mit der Klage könne Agrofert keinen Zugang zum kompletten Bericht erlangen. Soweit es um den Zugang zum Schreiben der Kommission gehe, sei die Klage unbegründet. Das EP habe sich für die Verweigerung auf den Schutz des Zwecks von Untersuchungstätigkeiten stützen können. Agrofert habe schließlich auch nicht dargetan, dass ein überwiegendes öffentliches Interesse besteht, das die Verbreitung des Schreibens der Kommission rechtfertige.

<https://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?num=T-174/21>

Kommission; Vorschläge zur Anpassung des EU-Haftungsrechts

Die Kommission hat am 28.09.2022 zwei Legislativvorschläge zur Anpassung des Haftungsrechts in der Union vorgelegt. Ziel ist es, den geltenden Rechtsrahmen an die Digitalisierung anzupassen und der Tatsache Rechnung zu tragen, dass Produkte zunehmend „smart“ sind, also digitale Komponenten aufweisen, bzw. sich mit Künstlicher Intelligenz (KI) eine Technologie entwickelt hat, die das herkömmliche Haftungsrecht vor Herausforderungen stellt. Es handelt sich erstens um eine neue Richtlinie zur (verschuldensabhängigen) zivilrechtlichen Haftung beim Einsatz von KI-Systemen. Sie harmonisiert die Regeln zur Offenlegung von Beweismitteln und der Vermutung des Kausalzusammenhangs bei Verschulden im Zusammenhang mit durch KI-Systeme verursachten Schäden. Zweitens schlägt die Kommission eine Überarbeitung der Produkthaftungsrichtlinie 85/374/EWG vor. Sie betrifft die verschuldensunabhängige Haftung der Hersteller und anderer Wirtschaftsakteure für die Entschädigung von Person- und Sachschäden oder Datenverlusten.

https://ec.europa.eu/info/files/proposal-directive-adapting-non-contractual-civil-liability-rules-artificial-intelligence_en (KI-Haftung)

https://single-market-economy.ec.europa.eu/document/3193da9a-cecb-44ad-9a9c-7b6b23220bcd_en (Produkthaftung)

Kommission; Eurobarometer zum Thema Sport veröffentlicht

Die Kommission hat am 19.09.2022 im Vorfeld der Europäischen Woche des Sports das fünfte Eurobarometer zum Thema Sport und körperliche Betätigung veröffentlicht. Aus der Umfrage geht hervor, dass 38% der Europäerinnen und Europäer mindestens einmal wöchentlich oder öfter Sport treiben und 17% seltener. Bis zu 45% der Menschen in Europa gingen zurzeit überhaupt keiner sportlichen oder körperlichen Betätigung nach. Damit hätten sich die Werte seit 2017 zwar stabilisiert, die ständige Werbung für Sport und Bewegung sei aber weiterhin nötig. Aus der Befragung geht außerdem hervor, dass die Hälfte der Europäerinnen und Europäer ihre Aktivität während der Coronakrise eingeschränkt oder ganz aufgegeben haben.

<https://europa.eu/eurobarometer/surveys/detail/2668>

EuGH; Deutsche Vorratsdatenspeicherung nicht unionsrechtskonform

Der EuGH hat am 20.09.2022 sein Urteil in den verbundenen Rechtssachen C-793/19 und C-794/19 verkündet. Darin setzt er seine bisherige Rechtsprechung zur Vorratsdatenspeicherung fort und sieht die deutsche Regelung als nicht vereinbar mit dem EU-Recht an. Eine Ausnahme vom grundsätzlichen Verbot der Vorratsdatenspeicherung gelte allerdings bei einer ernststen Bedrohung für die nationale Sicherheit. Auch eine allgemeine Vorratsdatenspeicherung der IP-Adressen könne bei Vorliegen weiterer Kriterien zulässig sein.

<https://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?num=C-793/19>

<https://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?num=C-794/19>

EuGH; Keine Fristunterbrechung durch Aussetzung einer Überstellung wegen Corona

Der EuGH hat am 22.09.2022 sein Urteil in den verbundenen Rechtssachen C-245/21 und C-248/21 verkündet. Darin stellt er fest, dass die coronabedingte Aussetzung der Überstellung eines Asylbewerbers an den zuständigen Mitgliedstaat nicht die sechsmonatige Überstellungsfrist nach der Dublin-III-Verordnung unterbricht. Nach Ablauf der Frist sei dann der ersuchende Mitgliedstaat für die Prüfung des Asylantrags zuständig.

<https://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?num=C-245/21>

<https://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?num=C-248/21>

EDSB; Rechtliche Schritte gegen Europol-Verordnung

Der Europäische Datenschutzbeauftragte (EDSB) hat am 22.09.2022 angekündigt, rechtliche Schritte gegen die reformierte Europol-Verordnung einzuleiten. Aus seiner Sicht gefährdet die Verordnung die Rechtsstaatlichkeit und die Unabhängigkeit des EDSB. Konkret werden zwei Vorschriften angegriffen, die den Umgang von Europol mit persönlichen Daten betreffen: Art. 74 a und 74 b lassen rückwirkend die Verarbeitung großer Datensätze durch Europol ohne festgestellte Verbindung zu strafbaren Handlungen zu. Der EDSB hatte solche Praktiken bereits im Januar 2022 gerügt. Mit den neuen Vorschriften, die am 28.06.2022 in Kraft traten, haben sie rückwirkend eine Rechtsgrundlage erhalten und damit die Stellungnahme des EDSB übergangen. Dies wirke sich auf dessen Unabhängigkeit aus und gefährde die Rechtssicherheit im Hinblick auf den Schutz der Rechte einzelner in einem hochsensiblen Bereich, so der EDSB.

<https://edps.europa.eu/system/files/2022-09/EDPS-2022-23-EDPS->

request%20to%20annul%20two%20new%20Europol%20provisions_EN.pdf

Frontex; Fluchtbewegung aus Russland nach Teilmobilisierung

Die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) hat am 27.09.2022 Zahlen veröffentlicht, nach denen allein in der Woche vom 19.09. bis 25.09.2022 66.000 russische Staatsbürger in die EU eingereist seien. Dies sei ein Anstieg von 30% gegenüber der Vorwoche. Die meisten russischen Staatsbürger reisten über finnische und estnische Grenzübergangsstellen in die EU ein. Nach der angekündigten Mobilisierung in der Russischen Föderation habe die Zahl der Grenzübertritte insbesondere in FIN deutlich zugenommen. Seit Beginn der russischen Invasion in der Ukraine seien bereits mehr als 1.303.000 russische Bürger über die Landgrenzen in die EU eingereist. Hiervon seien jedoch auch mehr als 1.273.000 nach Russland zurückgekehrt. Die meisten der nach der Teilmobilisierung eingereisten Russen besitzen laut Frontex eine Aufenthaltsgenehmigung oder ein Visum für einen Mitgliedstaat (MS) oder einen assoziierten Schengen-Staat, andere hätten eine doppelte Staatsbürgerschaft. Kurzfristig sei mit einem weiteren Anstieg der Flüchtlingszahlen aus Russland im Zusammenhang mit der Teilmobilmachung zu rechnen. Langfristig könnte es zudem zu einem Anstieg der illegalen Migration aus Russland sowie zu einer Zunahme der illegalen Aufenthalte russischer Bürger, die sich bereits in den MS aufhalten, kommen, so Frontex.

<https://frontex.europa.eu/media-centre/news/news-release/update-situation-at-the-eu-s-land-border-with-russia-X3iWuK>

Kommission; Vertragsverletzungsverfahren wegen mangelnder Umsetzung der Rückführungsrichtlinie

Die Kommission hat am 29.09.2022 bekanntgegeben, dass sie u.a. gegen DEU ein Vertragsverletzungsverfahren wegen mangelnder Umsetzung der sog. Rückführungsrichtlinie 2008/115/EG eingeleitet hat. Die Richtlinie enthält gemeinsame Vorschriften für die Rückführung von Drittstaatsangehörigen, die die Voraussetzungen für die Einreise in einen Mitgliedstaat oder den dortigen Aufenthalt nicht erfüllen. Gleichzeitig soll sie die freiwillige Rückkehr irregulärer Zuwanderer fördern. Nach Auffassung der Kommission hat DEU einige Bestimmungen der Richtlinie nicht ordnungsgemäß umgesetzt. DEU hat nun zunächst zwei Monate Zeit, zu den Argumenten der Kommission Stellung zu nehmen.

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/vertragsverletzungsverfahren-kommission-leitet-vier-fallen-rechtliche-schritte-gegen-deutschland-ein-2022-09-29_de

Kommission; Klage vor dem EuGH gegen MTA wegen „goldener Pässe“

Die Kommission hat am 29.09.2022 bekanntgegeben, dass sie MTA wegen seiner Staatsbürgerschaftsregelung für Investoren (sog.„goldene Pässe“) vor dem EuGH verklagen wird. Sie ist der Auffassung, dass die Gewährung der Unionsbürgerschaft als Gegenleistung für vorab festgelegte Zahlungen oder Investitionen ohne wirklichen Bezug zu dem betreffenden Mitgliedstaat nicht mit dem in Art. 4 Abs. 3 EUV verankerten Grundsatz der loyalen Zusammenarbeit und dem Konzept der Unionsbürgerschaft gemäß Art. 20 AEUV vereinbar ist. Das 2020 eingeleitete Vertragsverletzungsverfahren gegen MTA hat bisher nicht zu einer Abkehr des Mitgliedstaats von seiner Regelung geführt.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_5422

Kommission; Bericht zum Lehren und Lernen an Schulen in Europa während der Corona-Pandemie

Am 22.09.2022 hat das Netzwerk der Kommission zur Erfassung der Arbeitsweise von Schulsystemen in der Union, Eurydice, einen Bericht zum Lehren und Lernen an Schulen in Europa während der Corona-Pandemie veröffentlicht. Der Bericht gibt einen Überblick über die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Organisation von Schulsystemen in Europa, z.B. durch Schulschließungen und den kurzfristigen Wechsel vom Präsenz- zum Hybrid- oder Distanzunterricht. Insgesamt habe die rasche Umstellung auf Fernunterricht große Unterschiede beim Digitalisierungsgrad der einzelnen Länder und bei den digitalen Kapazitäten der Schulen, Lehrkräfte und Lernenden aufgezeigt. So waren in DEU nur 18,9% der Schülerinnen und Schüler an Schulen eingeschrieben, die bereits vor der Pandemie über ein Online-Unterrichtssystemen verfügten. Damit lag DEU weit unter dem EU-Durchschnitt von 50,9%. Die Erhebungsdaten zeigen ferner, dass 2019 zwar die meisten Schulen in Europa über eine gewisse Anzahl von digitalen Geräten verfügten. Allerdings waren in der EU 18,5% der Schülerinnen und Schüler in Schulen eingeschrieben, in denen sich mindestens fünf Schüler einen Computer teilen mussten. Darüber hinaus hatten 3,8% der Schülerinnen und Schüler überhaupt keinen Zugang zu Computern. Die Auswertung belegt zudem, dass der Distanzunterricht in vielen Schulsystemen die Digitalisierung von Schulen beschleunigt hat. Schulen seien insgesamt nur selten ganz geschlossen worden (d. h. ohne die Möglichkeit, an Online-Unterricht teilzunehmen). Vollständige Schließungen habe es nur in BEL, DEU, IRL, GRI, PTL und ROM gegeben. Zudem seien die Schließungen im Allgemeinen nur von kurzer Dauer gewesen (1-2 Wochen), und hätten hauptsächlich unmittelbar vor oder nach den Schulferien stattgefunden, so der Bericht.

<https://eurydice.eacea.ec.europa.eu/media/2809/download>

Kommission; Kultur — treibende Kraft für nachhaltige Entwicklung

Im Vorfeld der UNESCO-Weltkulturkonferenz MONDIACULT 2022, die vom 28.-30.10.2022 in Mexiko stattfindet, haben 50 Sachverständige aus 25 Mitgliedstaaten im Rahmen der offenen Methode der Koordinierung (OMK) mit Unterstützung der Kommission den Bericht „Turbulente Zeiten: Der Mensch und die Natur — kultureller Mut zum Wandel“ über die Rolle der Kultur als treibende Kraft für die Verwirklichung der Nachhaltigkeitsziele vorgelegt. Kultur in all ihren Facetten, Ausdrucksformen und Bedeutungen muss demnach das Herzstück eines jeden Wandels in der menschlichen Entwicklung bilden. Die Sachverständigen empfehlen, das Verhältnis von Mensch und Natur zu überdenken und unsere kulturelle Vorstellungskraft mit Blick auf eine lebenswerte, nachhaltige Zukunft anzuregen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_22_5726

EU – Förderprogramme

Kommission; Förderprogramm Digitales Europa - dritte Ausschreibungsrunde

Die Kommission hat am 29.09.2022 die dritte Ausschreibungsrunde im Rahmen des EU-Förderprogramms „Digitales Europa“ eröffnet. Sie will 200 Mio. EUR in digitale Projekte investieren und bittet europäische Unternehmen, öffentliche Verwaltungen und andere Einrichtungen um Vorschläge. Bewerben können sich Unternehmen und Einrichtungen aus allen Mitgliedstaaten, den EFTA/EWR-Ländern und den assoziierten Staaten. Mit 170 Mio. EUR sollen Datenräume, die Entwicklung einer

Plattform für künstliche Intelligenz (KI), Cloud-to-Edge-Infrastrukturen sowie spezialisierte Bildungsprogramme für fortgeschrittene digitalen Technologien gefördert werden. Die Bewerbungsfrist endet am 24.01.2023. 30 Mio. EUR werden für europäische digitale Innovationszentren bereitgestellt. Die in ganz Europa angesiedelten Zentren sollen private Unternehmen, einschließlich KMU und Start-ups, sowie den öffentlichen Sektor bei ihrer digitalen Transformation unterstützen. Die Frist für diese Aufforderung endet am 16.11.2022. Weitere Aufforderungen im Rahmen des Arbeitsprogramms 2021-2022 werden in den kommenden Wochen veröffentlicht.

<https://ec.europa.eu/info/funding-tenders/opportunities/portal/screen/programmes/digital>

V e r a n s t a l t u n g e n

Cybersec4Europe diskutiert zu Erwartungshaltungen an Cybersicherheits-Communitys

Am 15.09.2022 fand in der Vertretung des Landes Hessen eine Podiumsdiskussion des europäischen Forschungskonsortiums „CyberSec4Europe“ zum Thema: „Was können die Mitgliedstaaten von ihren Cybersicherheits-Communitys erwarten?“ statt. Einleitend stellten die Diskutanten (Vertreterinnen und Vertreter aus BEL, NDL, DEU und vom European Cybersecurity Competence Network and Centre (ECCC)) die Arbeit der nationalen Cyberkompetenzzentren vor. Als Konsens auf dem Podium kristallisierte sich anschließend heraus, dass es gerade auf die Faktoren Vernetzung, Wissensaustausch und -transfer sowie Ausbau der Zusammenarbeit ankomme, um bestehende und zukünftige Erwartungshaltungen zu befriedigen. Für das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (DEU) nahm Christian Hartlage an der Diskussion teil. Moderiert wurde die Veranstaltung von Prof. Dr. Kai Rannenber von der Goethe-Universität Frankfurt.

„Italien hat gewählt“ am 26.09.2022

Bei der Veranstaltung „Italien hat gewählt“ am 26.09.2022, zu der Europaministerin Lucia Puttrich eingeladen hat, betonte der italienische Journalist Lorenzo Robustelli, dass wie erwartet das mitte-rechts Lager um die Fratelli d'Italia bei der Parlamentswahl in Italien gewonnen habe. Giorgia Melonis Fratelli d'Italia kamen demnach auf rund 26% und konnten ihren Stimmenanteil im Vergleich zu 2018 etwa versechsfachen. Die Sozialdemokraten (PD) erreichten 19,1% der Wählerstimmen. Die Koalitionspartner der Fratelli d'Italia rutschten in der Wählergunst deutlich ab: Die rechtspopulistische Lega kam den Hochrechnungen zufolge auf rund 9% (2018: 17,7%), die EVP-Mitgliedspartei Forza Italia auf rund 8% (2018: 14%). Robustelli wies darauf hin, dass die konstituierende Sitzung des Abgeordnetenhauses am 13.10.2022 stattfinden wird. Für ihn ist klar, dass Meloni Ministerpräsidentin werden wird. Robustelli geht nicht davon aus, dass Meloni sich mit ihrer Forderung, den Aufbauplan für ITL neu zu verhandeln, durchsetzen wird. Realistischer sei, dass sie Einfluss auf den Repower-EU-Plan nehmen werde. Robustellis Einschätzung ist ganz klar: Er erwartet von Meloni einen pragmatischen Kurs gegenüber Europa. Im zweiten Teil der Veranstaltung antwortete Robustelli auf Fragen des FAZ-Korrespondenten Dr. Thomas Gutschker. Auf dessen Frage, was uns erwartet, ob „der Faschismus zurückkomme“, erklärte Robustelli, die Postfaschisten seien in Melonis Partei nicht tonangebend. Meloni teile die Wertvorstellungen vieler rechter Parteien, sei aber vom Grundsatz her demokratisch. Sie würde nie machen, was Viktor Orbán in HUN mache. Sie sei sicherlich sehr rechts – aber keine Faschistin. Auf Gutschkers Frage, ob Melonis mittlerweile pro-europäische Rhetorik glaubwürdig sei, antwortete Robustelli, Meloni

sei eine pragmatische Frau. Man könne ITL nicht ohne, nicht gegen Brüssel regieren und das wisse sie. Meloni werde sich deshalb Mühe geben, nicht wie Orbán in Europa „zum Paria zu werden“. Gutschker wollte des Weiteren wissen, ob durch die neue italienische Regierung der „cordon sanitaire“ im EP, der jegliche Zusammenarbeit mit der ID-Fraktion ausschließt, gefährdet sei. Das sehe er nicht, erklärte Robustelli, denn schon in der Regierung Draghi hätten Lega und Forza zusammen am Regierungstisch gesessen – ohne Auswirkungen auf Brüssel. Zum Thema Rechtstaatlichkeitsverfahren gegenüber HUN sagte Robustelli, er vermute, dass Meloni zu pragmatisch sei, um sich gleich als Orbánfreundin einzuführen. Weniger Pragmatismus erwartet Robustelli von Meloni beim Thema Migration. Meloni lasse hier sogar eine härtere Gangart erwarten.

Arbeitsgemeinschaft der Hessischen Handwerkskammern vor Ort in Brüssel

Vom 26.09 bis 28.09.2022 war erstmals die Arbeitsgemeinschaft der Hessischen Handwerkskammern (ARGE) mit einer Delegation von 48 Mitgliedern unter Leitung der Präsidentin der ARGE, Susanne Haus, die zugleich Präsidentin der Handwerkskammer Frankfurt-Rhein-Main ist, zu Gesprächen in Brüssel. Die Delegation setzte sich aus den Vorständen und der Geschäftsführung der drei hessischen Handwerkskammern Frankfurt-Rhein-Main, Kassel (Präsident Frank Dittmar) und Wiesbaden (Präsident Stefan Füll) zusammen. Präsidentin Haus hob hervor, dass es bei dem Besuch in Brüssel darum gehe, die Sichtbarkeit des Handwerks auf Brüsseler Ebene zu erhöhen, aber auch dem Hessischen Handwerks einen Input aus europäischer Perspektive zu ermöglichen. Auf dem Programm stand zum Auftakt ein Gespräch mit MdEP Reinhard Bütikofer (Grüne/DEU). Eines seiner zentralen Themen war die EU-Energiepolitik. Dabei sprach MdEP Bütikofer von zwei zentralen Herausforderungen. Die erste sei, ordentlich durch den Winter zu kommen. Dies gelte für alle und damit auch für das Handwerk. Die zweite Herausforderung sei, die Transformation des Energiesektors zu beschleunigen. Das Augenmerk ist aus MdEP Bütikofers Sicht auch auf das Verhältnis zu China zu richten, da Europa von China abhängiger sei, als es von Russland je gewesen sei. Am Folgetag fand ein gemeinsames Vorstandstreffen der ARGE in Brüssel statt. Dort stand u.a. ein Gedankenaustausch mit der Hessischen Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten Lucia Puttrich auf der Tagesordnung. Ministerin Puttrich sprach u.a. die aktuellen Herausforderungen und das Zusammenspiel auf Bundes- und Europaebene zur Senkung der Energiepreise an, welche die Handwerksbetriebe gegenwärtig enorm belasten. Sie ging auch auf die Bedeutung des Einbringens der hessischen Interessen im Handwerk auf europäischer Ebene ein und auf die Chancen des seit Anfang des Jahres bestehenden gemeinsamen Büros der drei Hessischen Handwerkskammern im Mehr-Regionen-Haus. Bei einem Besuch im EP sprach die Delegation mit den hessischen MdEP Martin Häusling (Grüne/DEU) und MdEP Prof. Dr. Sven Simon (EVP/DEU). Dabei ging es neben der EU-Energiepolitik um generelle Anliegen des hessischen Handwerks, wie die Erhöhung der Sichtbarkeit der kleinen und mittleren Unternehmen und Bürokratieentlastungen, sowie auch spezielle Anliegen, wie u.a. die Kosten der Zertifizierung für Handwerksbetriebe im Bereich Medizintechnik. Mit Stefan Moser, Generaldirektion Energie der Kommission, wurde neben dem Thema der Energiepreise auch der Vorschlag für eine EU-Richtlinie zur Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden diskutiert.

Abendveranstaltung zur Rolle von KMU im wirtschaftlichen Wandel

Am 27.09.2022 fand auf Einladung der Hessischen Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten, Lucia Puttrich und der Präsidentin der Arbeitsgemeinschaft der Hessischen Handwerkskammern, Susanne Haus, eine Abendveranstaltung zum Thema „Die Rolle von KMU im wirtschaftlichen Wandel“ statt. Ministerin Puttrich hob hervor, wie wichtig es sei, dass das Handwerk selbst auch auf europäischer Ebene auf

die Themen, die das Handwerk umtreibt, aufmerksam macht und diese platziert. Die hohen Energiepreise, die besonders auch das Handwerk treffen und existenzielle Probleme verursachen, erfüllten sie mit großer Sorge. Es müsse jetzt kurzfristig vom Bund ein Paket geschnürt werden, welches „treffsicher“ weiterhelfe. Von der EU erwarte sie eine gezielte Unterstützung der KMU. Präsidentin Haus sprach die Notwendigkeit von kalkulierbaren Rahmenbedingungen für das Handwerk an. Wichtig seien Planungssicherheit, Investitionsstabilität und weniger bürokratische Hürden. Unbezahlbare Energiepreise, unterbrochene Lieferketten und Gießkannenprinzipien gelte es zu verhindern. In der folgenden Podiumsdiskussion unter Moderation von Silke Wettach von der Wirtschaftswoche diskutierten MdEP Markus Pieper (EVP/DEU), Kristin Schreiber, Direktorin in der Generaldirektion Binnenmarkt, Unternehmertum und KMU der Kommission, sowie Stefan Füll, Präsident des Hessischen Handwerktages und der Handwerkskammer Wiesbaden, sowie Vorstandsmitglied Martin Giehl von der Mainova AG über die notwendigen Unterstützungsmöglichkeiten für KMU mit den einhergehenden Chancen und Herausforderungen, die sich aus dem Krieg Russlands gegen die Ukraine, aber auch der Transformation ergeben. Auf das von der Kommissionspräsidentin in ihrer Rede zur Lage der Union angesprochene Entlastungspaket äußerte MdEP Pieper, dass er von den Ankündigungen zum Paket enttäuscht sei. Neben der bisher nicht umgesetzten Ankündigung einer „one in one out“ Regelung, fordere er ein „Belastungsmoratorium“. Alles was gegenwärtig nicht konkret aus der Krise raus helfe, solle zeitlich verschoben werden. Direktorin Schreiber betonte, dass die Kommission bei ihrer Arbeit klar überlege, was Unternehmen gegenwärtig noch stemmen könnten. Das KMU-Entlastungspaket sehe neue Steuerregelungen vor, die auch grenzüberschreitend tätigen KMU weiterhelfen könnten. Außerdem seien auch die Überlegungen zur Überarbeitung der Zahlungsverzugsrichtlinie, eventuell sogar in Form einer Verordnung, für KMU hilfreich. Zudem verwies sie auf den befristeten Beihilferahmen. Martin Giehl betonte die besonderen Herausforderungen, vor denen das Unternehmen als „Grundversorger“ durch die gestiegenen Energiepreise stehe und die bestehenden Kapazitätsprobleme beim Strom in ganz Europa. Dies sei aber ein temporärer Effekt. Es seien enorme Mengen Gas vorhanden, die nach Europa bis 2024/2025 (per Schiff) umgeleitet werden könnten. Dies könnte auch wieder zum Sinken der Energiepreise führen. MdEP Pieper betonte, dass die Ziele in der Erneuerbare-Energien-Richtlinie von 45% bis 2030 nicht aus der Luft gegriffen seien. Notwendig sei eine diversifizierte Wasserstoffstrategie. Zudem brauche es kurzfristige Notfallinstrumente im Strombereich, wozu konkrete Vorschläge auf EU-Ebene auf dem Tisch liegen, wie der einheitliche Gewinnabschöpfungsansatz, sowie mittelfristig ein neues System der Preisfindung (Strommarktdesign) für die erneuerbaren Energien. Präsident Füll sprach v.a. an, dass die gegenwärtige Situation beim Strom und Gas die privaten Verbraucher und auch das Handwerk in höchstem Maße verunsichere, wodurch mögliche neue Chancen (z.B. Mehrbedarf beim Handwerk durch energetische Sanierung, auch im Rahmen von „Fit für 55“) eher in den Hintergrund träten. In dem Schlusswort des Präsidenten der Handwerkskammer Kassel, Frank Dittmar, machte dieser deutlich, dass das Handwerk auch „grünen“ Boden hat. Dafür müssten aber politisch die richtigen Rahmenbedingungen gesetzt werden, auch bei der Aus- und Weiterbildung.

Vorstand des Europakomitee Hessen e. V. zu Gesprächen in Brüssel

Eine Delegation des Vorstands des Europakomitee Hessen e.V. hielt sich am 27./28.09.2022 in der Vertretung des Landes Hessen bei der EU zu Gesprächen auf. Mit MdEP Sergey Lagodinsky (Grüne/DEU) tauschten sich die Gäste über aktuelle außenpolitische Entwicklungen aus. Im Anschluss unterrichtete Christian Baukhage, Antici in der Ständigen Vertretung Deutschlands bei der EU, die Mitglieder des

Europakomitees über Schwerpunkte der deutschen EU-Politik. Ferner führten die Vorstandsmitglieder ein Gespräch mit Alexander Göbel, Leiter des hr-Hörfunkstudio Brüssel. Dabei ging es um Fragen der aktuellen Medienberichterstattung aus Brüssel. Irina Orssich, Team-Leader Künstliche Intelligenz in der Generaldirektion Kommunikationsnetze der Kommission, informierte das Europakomitee über die jüngsten Initiativen der Kommission auf dem Gebiet der Künstlichen Intelligenz. Um die Zukunft der EU und ihrer Institutionen ging es im Gespräch mit Benjamin Hartmann, Stellvertretender Leiter der IDEA I – Inspirieren, Diskutieren, Engagieren und Maßnahmen anschieben, einem Think Tank der Präsidentin der Kommission. Mit der Vizepräsidentin des EP, MdEP Nicola Beer (RN/DEU), hatten die Vorstandsmitglieder die Gelegenheit, über aktuelle politische Themen im EP zu diskutieren. Im Rahmen der Veranstaltung zur Rolle von KMU im wirtschaftlichen Wandel traf die Delegation mit der Hessischen Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten Lucia Puttrich zusammen.

Abendveranstaltung „Strom für die Elektromobilität: Wie wir die Lücke für schnelles Laden in Europa schließen“

Auf Einladung der Hessischen Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten Lucia Puttrich sowie der Volkswagen AG und bp fand am 28.09.2022 in der Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union eine Abendveranstaltung zum Thema „Strom für die Elektromobilität: Wie wir die Lücke für schnelles Laden in Europa schließen“ statt. Jack Parrock, TV-Korrespondent, moderierte die Podiumsdiskussion, an der Katie Mille (VP New Business Execution & Strategic Partnerships, bp pulse), Dr. Niklas Schirmer (Vizepräsident Strategie bei Elli [Marke der Volkswagen Gruppe]), Charlotte Nørlund Matthiessen (Kabinettsmitglied von EU-Verkehrskommissarin Adina Vălean) und Julia Poliscanova (Senior Director E-Mobilität, Transport & Environment) teilnahmen. Sie diskutierten, wie eine flächendeckende Ladeinfrastruktur in Europa aufgebaut werden kann. Dr. Schirmer führte zunächst aus, dass der Zweck der Partnerschaft von VW und bp sei, die unterschiedlichen Erfahrungen der beiden Unternehmen beim Aufbau einer Ladeinfrastruktur zusammenzuführen. Während VW wisse, wie und wann das Auto Energie benötige, habe bp Infrastruktur und Erfahrungen in der Bereitstellung von Autokraftstoffen. Nachdem Elektroautos inzwischen das „neue Normal“ seien, müsste nun daran gearbeitet werden, wie das „neue Normal“ von Ladesäulen aussieht. Hier gelte u.a. zwischen Schnellladesäulen (z.B. an der Autobahn) und intelligentem Laden mit langsamerer Geschwindigkeit (z.B. Zuhause) zu unterscheiden. Daran anschließend führte Frau Mille aus, dass man als Elektrifizierungsunternehmen im Bereich Verkehr nicht nur die Infrastruktur, sondern auch eine digitale Umsetzung des Ladeangebots brauche. Die drei Faktoren (1) Verbraucher, (2) Auto und (3) digitale App müssten zusammengebracht werden. Besonderer Wert werde auf die hohe Qualität und Verlässlichkeit der Ladesäulen gelegt. Dazu seien u.a. (1) reine Ladesäulentankstellen, (2) Ladesäulen an Zielorten (z.B. Kino und Einkaufszentrum) und (3) bessere Einrichtungen an Ladesäulen (z.B. stets beleuchtet) geplant. Um diese Pläne umzusetzen, sei aber zumindest anfangs finanzielle Unterstützung der Regierungen nötig. Dazu führte Frau Matthiessen aus, dass die Kommission beim Aufbau der Ladeinfrastruktur (1) Förderungen, (2) Leitlinien für staatliche Beihilfen und (3) eine Kommunikationsplattform zur Verfügung stelle. Für die nächsten drei Jahre sollen 5 Mrd. EUR zur Verfügung stehen. Zudem sehe der AFIR-Verordnungsvorschlag erstmals verbindliche Vorgaben zur Dichte der Ladeinfrastruktur vor und die Ladeinfrastruktur werde transnational betrachtet, sodass es in jedem Mitgliedsstaat genügend Ladesäulen geben soll. Frau Poliscanova begrüßte, dass der Verordnungsvorschlag verbindliche Ziele vorsehe. Denn Europa müsse stärkere Anstrengungen in den Wandel und den Aufbau von Ladeinfrastruktur stecken. Andernfalls drohe es, hinter China und die USA zurück zu fallen.

Abschließend stimmten die Teilnehmer darin überein, dass mit der Elektrifizierung der Autos genügend Erfahrungen gemacht worden seien, um nun auch die Infrastruktur für E-LKWs aufzubauen.

Veranstaltung „Europa im Gespräch“ zum EU-Medienfreiheitsgesetz

Im Rahmen der Reihe „Europa im Gespräch“ hat die Hessische Ministerin für Bundes und Europaangelegenheiten Lucia Puttrich am 29.09.2022 zu der Veranstaltung Europäisches Medienfreiheitsgesetz – EU-Medienpolitik quo vadis? eingeladen. Renate Nikolay, Kabinettschefin von Vizepräsidentin Věra Jourová, stellte den am 16.09.2022 von der Kommission vorgelegten Vorschlag für ein Europäisches Mediengesetz vor: Die neue Verordnung erfülle zwei wesentliche Zielsetzungen: das Funktionieren des Binnenmarktes im Bereich Medien sicherzustellen sowie Medienfreiheit und Medienpluralismus in der Union zu stärken. Dabei räumte Renate Nikolay ein, dass die Kommission mit dem Vorschlag Neuland betrete. Er sei aber durch Konsultationen und eine sehr gute Analysebasis sehr gut vorbereitet worden. Sie erklärte, dass es im Bereich der Medienfreiheit und dem Medienpluralismus in der Union besorgniserregende Tendenzen gäbe, die sich nicht nur auf vereinzelte Mitgliedstaaten beschränkten, räumte aber auch ein, dass das deutsche Mediensystem sehr gut funktioniere und hier kein Handlungsbedarf bestehe. Anschließend diskutierte Renate Nikolay mit MdEP Petra Kammerevert (S&D/DEU) über die Initiative. MdEP Kammerevert kritisierte den Vorschlag sehr deutlich als in manchen Teilen „medienpolitisches Erdbeben“, das einen Paradigmenwechsel darstelle. Sie warf der Kommission vor, das Amsterdamer Protokoll über den öffentlich-rechtlichen Rundfunk auszuhebeln. Sie räumte aber auch ein, dass es positive Elemente des Vorschlags gäbe, wie zum Thema Auffindbarkeit bestimmter Inhalte. MdEP Kammerevert lehnte eine Verordnung als Regelungsinstrument ab. Eine Richtlinie sei besser geeignet, die nationale Medienvielfalt in Europa abzubilden. Die sehr angeregte Diskussion der beiden Panellistinnen vor über 150 Gästen moderierte Hendrik Kafsack, Frankfurter Allgemeine Zeitung.

Delegation des Bundesaufsichtsamtes für Flugsicherung in Brüssel

Eine Delegation des Bundesaufsichtsamtes für Flugsicherung aus Langen war am 29./30.09.2022 in Brüssel und führte Gespräche mit Eurocontrol, im EP, mit der Ständigen Vertretung und der Kommission. Schwerpunkt des Gesprächs mit Susanne Pillath, in der Ständigen Vertretung zuständig für Luftfahrt, waren die derzeit anhängigen Gesetzesvorhaben der EU im Luftverkehrssektor und insbesondere die sog. Slotverordnung. Kern der Gespräche mit Markus Pösentrup, Büroleiter des hessischen MdEP Michael Gahler (EVP/DEU) und Niels Schuster aus der Generaldirektion Klima der Kommission waren die Institutionen und ihre derzeitigen Herausforderungen in der Krise, aber auch der europäische Green Deal. Bei einem Gespräch mit dem Kabinettschef von Verkehrskommissarin Adina Valean, Walter Götz, diskutierte die Gruppe über die ICAO Tagung in Montreal und aktuelle Herausforderungen im der Luftverkehrswirtschaft und insbesondere der Flugsicherung auf europäische Ebene.

V o r s c h a u

Auf folgende Tagesordnungspunkte von Sitzungen der nächsten zwei Wochen wird insbesondere hingewiesen:

Europäischer Rat

07.10.2022 informeller Europäischer Rat

Europäische Politische Gemeinschaft (EPG)

06.10.2022 Tagung der europäischen politischen Gemeinschaft (bestehend aus den Mitgliedern des Europäischen Rates sowie Albanien, Armenien, Aserbaidschan, Bosnien und Herzegowina, Georgien, Island, das Kosovo, Liechtenstein, Moldau, Montenegro, Nordmazedonien, Norwegen, Serbien, die Schweiz, die Türkei, die Ukraine, das Vereinigte Königreich)

Rat

03.10.2022 Euro-Gruppe

04.10.2022 Rat Wirtschaft und Finanzen

11./12.10.2022 informeller Rat Energie

12./13.10.2022 informeller Rat Beschäftigung und Soziales

13./14.10.2022 Rat Justiz und Inneres

Europäische Kommission

04.10.2022 Jugend-Aktionsplan für das auswärtige Handeln der EU

12.10.2022 Mitteilung zur Anwendung des EU-Rechts
Paket Erweiterung
Entwicklung von Post-Euro 6/VI-Emissionsnormen für Pkw,
Lieferwagen, Lkw und Busse

Europäisches Parlament

Plenarsitzung des Europäischen Parlaments in Straßburg 03.-06.10.2022

Eskalation des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine
Europäisches Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten
Schwerwiegende grenzüberschreitende Gesundheitsgefahren
Auswirkungen neuer Technologien auf die Besteuerung von Kryptowerten und der Blockchain-Technologie
Richtlinie über Funkanlagen: einheitliches Ladegerät für Elektronikgeräte
Zentrum „AccessibleEU“ zur Unterstützung der Strategien für Barrierefreiheit im Binnenmarkt der EU
Vorschriften für die Nutzung von Zeiträumen an Flughäfen der Gemeinschaft: vorübergehende Entlastung
Single-Window der EU für den Zoll
Statistiken zu landwirtschaftlichen Betriebsmitteln und zur landwirtschaftlichen Erzeugung
Änderung der Anhänge IV und V der Verordnung (EU) 2019/1021 über persistente organische Schadstoffe
Die strategische Beziehung und Partnerschaft der EU mit dem Horn von Afrika
Zugang zu Wasser als Menschenrecht – die externe Dimension
Reaktion der EU auf die steigenden Energiepreise in Europa
Humanitäre Lage nach den verheerenden Überschwemmungen in Pakistan und Klimakrise
Wichtigste Ziele für die Tagung der COP19 des CITES in Panama
COVID-19 – Gewährleistung von Vorsorge und einer wirksamen Reaktion der EU: ein Ausblick
Mahsa Amini: Debatte über Proteste für Frauenrechte im Iran
Rechtsstaatlichkeit; Aussetzung von EU-Mitteln für Ungarn
Debatte über den Beitritt Bulgariens und Rumäniens zum Schengen-Raum
Zusätzliche Hilfen zur Bewältigung der Folgen des militärischen Angriffs durch die Russische Föderation
Lage ausgegrenzter Roma-Gemeinschaften, die in Siedlungen in der EU leben
Ernährungssicherheit und Mangel sowie erhöhte Preise für Düngemittel als Folge des Kriegs in der Ukraine
Ergebnis der Überprüfung des 15-Punkte-Aktionsplans für Handel und nachhaltige Entwicklung durch die Kommission
Ein Ansatz der EU für das Weltraumverkehrsmanagement – Ein Beitrag der EU zur Bewältigung einer globalen Herausforderung
Gegen die antieuropäische und anti-ukrainische Propaganda von Putins europäischen Kumpanen
Institutioneller Rassismus in der EU und die Verletzung der Grundrechte der EU-Bürger

Ausschuss der Regionen

- 03./04.10.2022 SEDEC-Fachkommissionssitzung
Die künftige EU-Jugendpolitik – Überlegungen zur Jugendpolitik und zur durchgängigen Berücksichtigung der Jugend im Rahmen des Europäischen Jahres der Jugend 2022 (Abstimmung)
Eine neue Innovationsagenda für Europa (Abstimmung)
Wege zum schulischen Erfolg (Orientierungsdebatte)
- 05.10.2022 NAT-Fachkommissionssitzung
Reform des Systems der geografischen Angaben (Abstimmung)
Gewährleistung der Ernährungssicherheit und Stärkung der Widerstandsfähigkeit der Lebensmittelsysteme (Abstimmung)
Regionale Strategien zur Umstellung auf eine Niedrigemissions-Landwirtschaft (Meinungsaustausch)
Europäischer Raum für Gesundheitsdaten (Meinungsaustausch)
Ausgleich der Bedürfnisse von lokalen Gemeinschaften, Unternehmern und Reisenden im Zusammenhang mit Kurzzeitvermietungen (Meinungsaustausch)
Ziele und Instrumente für ein intelligentes ländliches Europa (Meinungsaustausch)
- 06./07.10.2022 ENVE-Fachkommissionssitzung
EU-Strategie für nachhaltige und kreislauffähige Textilien (Abstimmung)
EU-Ziele für die Wiederherstellung der Natur (Meinungsaustausch)
Richtlinie über Industrieemissionen (Orientierungsdebatte)
- 11./12.10.2022 151. AdR-Plenarsitzung
Schutz geografischer Angaben für gewerbliche und handwerkliche Erzeugnisse in der Europäischen Union (Neufassung)
Auf dem Weg zu einer makroregionalen Strategie für den Mittelmeerraum
Der Beitrag der Städte und Regionen der EU zum Wiederaufbau der Ukraine
Leitlinien für den Aufbau eines transeuropäischen Verkehrsnetzes (TEN-V)
Der neue europäische Rahmen für urbane Mobilität
Förderung der Klimadiplomatie auf subnationaler Ebene im Vorfeld der COP 27 und der COP 28
Auf dem Weg zu einer strukturellen Einbeziehung der Städte und Regionen in die Klimakonferenz der Vereinten Nationen in Scharm El-Scheich (UNFCCC COP 27)
Energiepaket für Gas, Wasserstoff und Methanemissionen
Gerechter und nachhaltiger Wandel im Kontext kohle- und energieintensiver Regionen
Überarbeitung der Richtlinie über Industrieemissionen
Digitaler Zusammenhalt
Europäisches Chip-Gesetz zur Stärkung des europäischen Halbleiter-Ökosystems

EU-Jahresbarometer 2022 zur Lage der Gemeinden und
Regionen
Achter Bericht über den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen
Zusammenhalt
Überarbeitung der Governance des Schengen-Raums
Wege zum schulischen Erfolg

Europäischer Gerichtshof

- 04.10.2022 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof (Große Kammer) in der Rechtssache C-689/21 Udlændinge- og Integrationsministeriet (Verlust der dänischen Staatsangehörigkeit)
Verlust der EU-Bürgerschaft
- 06.10.2022 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-436/21 flightright (Flugbeförderung von Stuttgart nach Kansas City)
Fluggastrechte bei Verspätung eines Anschlussflugs in einem Drittstaat
- 06.10.2022 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-250/21 O. Fundusz Inwestycyjny Zamknięty reprezentowany przez O
Mehrwertsteuer – Investmentfonds – Unterbeteiligungsvertrag
- 06.10.2022 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-154/21 Österreichische Post (Informationen über die Empfänger personenbezogener Daten)
Voraussetzungen für Schadensersatz bei unzulässiger Datenverarbeitung
- 13.10.2022 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-344/20 S.C.R.L. (Kleidungsstück mit religiösem Bezug)
Verbot der Diskriminierung aufgrund der Religion
- 13.10.2022 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in dem Eilvorabentscheidungsverfahren C-435/22 PPU
Generalstaatsanwaltschaft München (Auslieferung und ne bis in idem)
Auslieferung von Drittstaatsangehörigen

Europäisches Gericht

In den kommenden zwei Wochen finden keine Verhandlungen bzw. Urteilsverkündigungen vor dem EuG statt.

Der nächste Bericht aus Brüssel erscheint am 14.10.2022.

Abkürzungsverzeichnis

Europäisches Parlament	
Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)	EVP
Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament	S&D
Fraktion Renew Europe	RN
Fraktion der Grünen /Freie Europäische Allianz	GRÜNE
Europäische Konservative und Reformisten	ECR
Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken /Nordische Grüne Linke	GUE
Fraktion Identität und Demokratie	ID
Fraktionslos	FL
EU-Mitgliedstaaten	
Belgien	BEL
Bulgarien	BUL
Dänemark	DNK
Deutschland	DEU
Estland	EST
Finnland	FIN
Frankreich	FRA
Griechenland	GRI
Irland	IRL
Italien	ITL
Kroatien	KRO
Lettland	LET
Litauen	LIT
Luxemburg	LUX
Malta	MTA
Niederlande	NDL
Österreich	AUT
Polen	POL
Portugal	PTL
Rumänien	ROM
Schweden	SWE
Slowakei	SLK
Slowenien	SLO
Spanien	ESP
Tschechische Republik	CZR
Ungarn	HUN
Zypern	CYP
Länder außerhalb der EU	
Vereinigtes Königreich	GBR
Vereinigte Staaten von Amerika	USA